

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes gegen die Gewerkschaftszersplitterer.

Berlin, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird geschrieben: Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlussfassung über das Verhandlungsergebnis in Berlin zusammengetreten ist, hat den in den Sechzehnerausschuss entsandten Mitgliedern durch den nachstehenden einstimmig gefassten Beschlus ein Vertrauensvotum ausgestellt: „Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme über den Gang der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß seine Vertreter im Sechzehnerausschuss ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgebieten haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszuholen. Aus diesem Grunde spricht er diesen Kollegen sein volles Vertrauen aus.“

Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Zersplitterer, die Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorgänge in der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der jetzt zum Abschluss gekommenen Eisenbahnerbewegung veranlassen den erweiterten Vorstand, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Propaganda für die in Moskau gebildete Gewerkschaftsinternationale und die Erfüllung der von ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien mit Notwendigkeit zur gegenseitigen Zersplitterung der Gewerkschaftsmittelbedeutet, zur Vakanzierung der Wirkungslosigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaft führen muß. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sieht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, in Anlehnung an den bereits in der Nummer 48 des Deutschen Eisenbahner veröffentlichten Aufruf zum Abdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwächung und Zerschlagung des Verbandes betreiben, als Schädlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit den statutarisch zulässigen Mitteln vorzugehen hat. Der erweiterte Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er die volle Selbstständigkeit seiner Entschlüsse wahr, für die das Statut und die Beschlüsse des Vorstandes maßgebend sind. Dementsprechend kommt als Funktionäre nur in Betracht, wer seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Besetzung außerhalb des Verbandes lebender Personen oder Stellen abhängig macht, sondern sich streng auf dem Boden der oben klargestellten von unserm Verband beschlossenen gewerkschaftlichen Grundzüge stellt.“

Die Abstimmung über die Vorstandsentschließung erfolgte abschwächen und zwar wurde der erste Absatz gegen 4 Stimmen, der zweite einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Drahtzieher der Moskauer Internationale mit ihrer Zersplitterungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband auf Granit beizien.

Eine rechtssozialistische Regierung in Mecklenburg.

Schwerin, 19. Januar. Nachdem am Freitag das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Stellung, früher Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten gewählt war, erfolgte heute die Wahl der vier übrigen Staatsminister. Vor der Wahl erklärten die Mitglieder der Demokratischen Partei, daß sie sich der Stimme enthalten würden, da ihnen die Bildung eines Ministeriums der Mitte nicht gelungen sei. Es wurden mit 11 Stimmen gewählt die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Kriegsgerichtsrat Rittweger aus Kiel, Lehrer Puls aus Rostock, Bürgermeister Peterson aus Goldberg i. M. und der Angestellte bei der Landesbehörde in Schwerin Evers.

Die Kommunisten haben nach einer anderen Meldung für die rechtssozialistischen Kandidaten gestimmt. Ob bestimmte Bedingungen gestellt oder besondere Abmachungen getroffen worden sind, geht aus den bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht hervor.

Die englische Regierung für die Beanadigung der ungarischen Volkskommissare.

Budapest, 19. Januar. Die englische Regierung hat dem ungarischen Kabinett und dem Reichsverweser den dringendsten Ratsschlag erteilt, die zu Tode verurteilten Volkskommissare zu begnadigen. In gutunterrichteten Kreisen verläutet, daß die Begnadigung sofort nach der Beanadigung der Verhandlungen mit der Sowjetregierung über diese Frage erfolgen wird.

Die Wiederquittmachungsfrage.

Paris, 20. Januar. (L.-A.) Der „Temps“ meldet: Der deutsche Staatssekretär Bergmann habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 3 Milliarden Goldmark zu machen, die auf das Wiederquittmachungskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Seite zu verhandeln, will sich aber nicht auf den Betrag von 3 Milliarden Goldmark verpflichten, schlägt jedoch offiziell keine andere

Summe vor. Die deutsche Regierung gibt zu erkennen, daß sie eine andere Lösung aber vorzuziehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

London, 19. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird in englischen Kreisen die Ansicht ausgesprochen, die Deutschen müssen sich darüber Rechenschaft ablegen, daß die Pariser Konferenz ihnen eine letzte Gelegenheit bietet, in der Reparationsfrage entscheidende Vorschläge zu machen. Wenn die Deutschen keine greifbaren Vorschläge beibringen, werden die Alliierten wahrscheinlich ohne die Beihilfe der deutschen Sachverständigen handeln.

Die Bewertung der deutschen Leistungen.

Amsterdam, 20. Januar. (L.-A.) Aus Paris wird gemeldet: Die Wiederquittmachungskommission untersuchte den Modus über die bloßer von Deutschland gemachten Leistungen. Diese Prüfung war nicht einfach, da die Preise dauernd schwanken. Die provisorische Bewertung ergibt eine erheblich von den deutschen Angaben abweichende Ziffer.

Heftige Austritte auf dem Kongress in Livorno.

Livorno, 18. Januar. Die Vormittagsitzung des Sozialistenkongresses wurde vielfach durch den heftigen Meinungsaustrausch zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gewerkschaftsverbandes gestört, die sich gegenseitig beschimpften. In der Nachmittagsitzung nahm der Kongress eine Entschliessung zugunsten der ungarischen Kommunisten an, deren Auslieferung von der ungarischen Regierung gefordert wird. Darauf nahm Bariccia heftig gegen diejenigen Stellung, die die Anwendung von Gewalt vorschweben, und wies darauf hin, daß die Zwischenfälle von Bologna beweisen, daß die Staatsorgane noch sehr stark seien. Er erklärte, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückfielen. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wilden Lärm. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der dritten Internationale Bombacci zog einen Revolver und zielte auf Bariccia. Andre Kongressteilnehmer warfen sich auf Bombacci und drängten ihm aus dem Saal. Nachdem sich der Lärm etwas gelegt hatte, gelang es Bariccia, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Die schweizerische Sozialdemokratie gegen Moskau.

Zürich, 19. Januar. Die Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz über den Beitritt zur dritten Internationale ergab bei sehr geringer Beteiligung 10 203 Stimmen gegen und 3503 Stimmen für den Anschluß.

Sprengung des slowakischen Kommunistenkongresses durch Gendarmerie.

Brag, 19. Januar. Nach Blättermeldungen aus Rosenbergr wurde der Kongress der Kommunisten der Slowakei bei der Verhandlung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale durch Gendarmerie gesprengt. Einige Delegierte, darunter zwei Parlamentarier, wurden verhaftet.

Vorläufig keine Erhöhung der Getreidepreise

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Wie bereits wiederholt von zuständiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgehoben worden ist, unterbreiten die trotz aller Dementis nicht verstummenden Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage. Wichtig ist nur, daß zur Zeit Besprechungen der sogenannten Zubereitungsmission zur Feststellung der Indizes über die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die als Material für eine Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, stattfinden. Diese Besprechungen beziehen sich aber lediglich auf das Getreide der kommenden Ernte. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen. — Um so höher werden dann die Preise im neuen Erntejahr hinaufgeschraubt werden.

Konflikt zwischen Reichsfinanzminister und Reichsrat.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung gegen den Einspruch des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ein ihm einig einen Ausschussantrag an, wonach den Ländern zur Bestreitung der Mehrkosten, die ihnen und ihren Gemeinden durch die Mehraufwendungen für die Beamten erwachsen, Anteile an den Erträgen der neu einzuführenden Steuern zu gewähren seien. Der Reichsfinanzminister hatte sich nur zu einer Unterstreichung der Länder auf dem Wege des Etats bereit erklärt und kündigte eine dementsprechende Vorlage im Reichstag an.

Heftige Straßenkämpfe in Cork.

DA. London, 19. Januar. Die Stadt Cork wurde von verhärteten Militärabteilungen besetzt. Darauf haben sich in der Nacht schwere Straßenkämpfe abgespielt. Es wurde aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Zahlreiche Soldaten und Schutleute wurden verwundet. Die Zahl der getöteten Sinn-Feiner konnte nicht festgestellt werden, da die meisten Verwundeten und auch die Leichen von den Sinn-Feinern versteckt worden sind.

Aus dem deutschen Ungarn.

Die bayerische Polizei im Bunde mit Mördern und Waffenschleibern.

F. Im Oktober vorigen Jahres beschäftigte die Frage den bayerischen Landtag, ob die Polizeidirektion in München eine Organisation zur Befreiung von Menschen unterhalte, die geheime Waffenlager an die Entente verraten. Ein ehemaliger Reichswehrsoldat Dobner, der mit einem Dolmetscher der Ententekommission Georg Pracher in Verbindung stand, war von Studenten in einem Auto auf der Fahrt zu einem Waffenlager überfallen worden und nur mit Mühe der Ermordung entzogen. Die Studenten standen in engster Beziehung mit der Polizei, und die Waffenschleibern wurden von Orghelenten unter Aufsicht von Offizieren des Wehrkreiskommandos, sowie Beamten der Polizeidirektion München ausgeführt. Dabei bediente sich die Polizei auch des bei der Ententekommission als Dolmetscher tätigen Georg Pracher, der, wie der Pölsler bekannt war, unter dem falschen Namen Brachère auftrat. Als der Mordversuch bekannt wurde, mußte sich der Landtag in einem Untersuchungsausschuss mit der ganzen Frage befassen und die Polizei hatte nichts eiligeres zu tun, als ihren eigenen Spiegel Pracher, sowie den Dobner, der ermordet werden sollte, mit noch vier anderen Angeklagten zu verhaften und dem Staatsanwalt auszuliefern. Die Anklage lautete auf Verrat militärischer Geheimnisse und versuchte Erpressung. Eigenartigerweise verurteilte man den Prozeß anstatt an die Strafkammer, vor das Schöffengericht. Der Zweck ist sehr durchsichtig. Die eventuelle Revision gegen ein Urteil der Strafkammer würde an das Reichsgericht gehen, während bei Behandlung der Sache durch das Schöffengericht auch in höchster Instanz bayerische Gerichte entscheiden.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde Pracher wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und der Angeklagte Pest zu 4 Monaten Gefängnis wegen versuchter Erpressung. Dobner und die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der ganze Prozeß war eine Komödie. Trotdem von verschiedenen Zeugen die Beteiligung der Polizei an den Waffengeschäften des Pracher nachgewiesen wurde, hat das Gericht nichts getan, um Licht in die Waffenschleibertätigkeit der Polizei zu bringen. Man hat auch nicht die Schöffsen in der Reihenfolge genommen, die sonst immer eingehalten wird, sondern wählte zwei besonders verlässliche Schöffsen außer der Reihe aus, und der Herr Justizminister interessierte sich für den Prozeß mehr, als dem Ansehen eines Justizministers zuträglich ist und die Unabhängigkeit der Richter verträgt.

Der Angeklagte Pracher hatte in seiner Eigenschaft als Dolmetscher bei der Ententekommission Gelegenheit, Angaben über geheime Waffenlager zu erfahren und hat diese Waffenlager der Polizei, dem Wehrkreiskommando und Führern der Einwohnerwehr teils selbst, teils durch Mittelsmänner zur Kenntnis gebracht. Dafür wurde er von der Polizei bezahlt. Die Hauptrolle spielte bei der ganzen Affäre ein Leutnant Schweighardt, der mit dem Wehrkommando arbeitete und dem Pracher große Summen für die Befanntgabe von Waffenlagern versprach, die an die Entente verraten wurden und rechtzeitig deren Zugriff entzogen werden sollten. Im Oktober wurde ein Mädchen im Forstener Park bei München ermordet. Sie stand auch bei dem Schweighardt in Verbindung wegen einer Waffenschleibergeschichte, und Schweighardt ist seit diesem geheimnisvollen Mord, als dessen Täter er dringend verdächtig ist, verschwunden. Im Prozeß leitete der Verteidiger mit, daß Schweighardt sich jetzt in Budapest aufhalte. Dieser Schweighardt warf immer mit großen Summen um sich, besorgte Waffenschleibungen nach Rosenheim, von wo die Waffen anscheinend nach Ungarn verschoben wurden. Alle Fragen, die über das Treiben dieses Schweighardt von der Verteidigung gestellt wurden, hat das Gericht nicht zugelassen, oder hat sie zurückgestellt, so daß die Schuld des Schweighardt möglichst verschleiert wurde. Ein Lattersfallbesitzer und ehemaliger Oberleutnant Böhm hatte große Summen für die Waffengeschäfte der Polizei zur Verfügung gestellt. Er war an dem Mordanschlag an Dobner beteiligt und wurde trotzdem verurteilt als Zeuge vernommen. Der Verteidiger fragte diesen Ehrenmann, warum er unser Parteiorgan den Münchner Kampf nicht verklagt, da in diesem Blatt gegen ihn doch der Vorwurf des Mordes erhoben wurde. Der Zeuge gab keine Antwort und das Gericht kam ihm sofort zu Hilfe und ließ die Frage nicht zu. Bei der Vernehmung dieses Zeugen schnürte das Gericht alle wichtigen Fragen ab, die die Prozeßmaterie betrafen und Aufklärung über die Beteiligung der Polizei an den Waffengeschäften und an dem Mordversuch hätten geben können. Fast sämtliche Beweisanträge der Verteidigung wurden abgelehnt und es war ganz offensichtlich, daß das Gericht der Polizei nicht wehe tun wollte.

Der Angeklagte Pracher war von der Polizei selbst aufgefordert worden, in ihre Dienste zu treten, trotzdem sie wußte, daß er

für die Entente tätig war. Auch die Offiziere des Wehrkreiskommandos, die Ortschaft- und Einwohnerwehrenten hatten von alledem Kenntnis. Als die Sache breitzit wurde, ließ die Polizei ihren Spieß fallen und sorgte dafür, daß bei Gericht die wahren Schuldigen, Polizei und Wehrkreiskommando, im Hintergrund blieben. Das Gericht hat die Polizeibeamten zwar nicht als Zeugen vernommen, aber im Zuhörerraum während der ganzen Verhandlungsdauer Polizeibeamte anwesend, die den Prozeß mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgten und sich unverhohlenen Freuden, wenn Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt wurden, die das Treiben der Polizei aufgedeckt hätten. Man ging offensichtlich darauf aus, die ganze dunkle Angelegenheit möglichst zu verschleiern. Symptomatisch für die ganze Behandlung des Falles ist auch, daß die beiden Studenten, die gegen Dobner den Mordversuch unternahmen, nicht im gleichen Prozeß verhandelt wurden, sondern in einem besonderen Verfahren in Freising abgeurteilt werden sollten. In diesem zweiten Verfahren war die Voruntersuchung längst vor der Untersuchung gegen Pracher und Dobner abgeschlossen. In den Akten findet sich dann eine Bemerkung, daß der Verhandlungstermin jetzt noch nicht angesetzt werden könne, sondern erst, wenn der Termin für den Prozeß Dobner-Pracher feststehe. Dann wolle man die Verhandlung in Freising auf acht Tage später festlegen. Das geschah denn auch. Durch diese Verzögerung einer einheitlichen Prozeßmaterie in zwei getrennte Verfahren wird es dem Gericht leichter, seine Verschleierrungsmanöver mit Erfolg durchzuführen und kommt außerdem nicht in die Lage, die beiden mordlustigen Studenten mit hohen Strafen belegen zu müssen.

Der Angeklagte Dobner wurde vom Gericht zwar freigesprochen, aber nicht aus der Haft entlassen. Er muß zuviel und muß deshalb unschuldig gemacht werden, nachdem der Mordversuch mißlungen ist. Dobner soll tschechoslowakischer Staatsangehöriger sein, ist aber in Bayern geboren und hat immer in Bayern gelebt. Trotzdem er Reichswehrsoldat ist, will ihn die Polizei jetzt über die Grenze schaffen, damit sie einen unangenehmen Zeugen los wird. Die Polizei beugt mit der Inhaftbehaltung des Dobner eine ungeschickliche Freiheitsberaubung. Aber darüber macht sie sich weiter kein Kopfschmerzen.

Wie das Gericht zur Verurteilung wegen Verrats militärischer Geheimnisse kommt, ist einfach unverständlich. Der Bestand der Reichswehr, — die die einzige legale Wehrmacht Deutschlands darstellt — ist nach Zahl und Art der Waffen öffentlich bekannt. Die übrigen Waffen müssen angemeldet sein, sind also auch kein Geheimnis. Wenn geheime Waffenlager vorhanden sind, so machen sich deren Besitzer wegen Verstoß gegen das Entwaffnungsgesetz strafbar und in der Verhandlung wurde sogar ein Waffenlager festgestellt, in dem sich Steilfeuergeschütze befinden. Der Staatsanwalt fand es aber nicht für nötig, Strafanzeige zu erstatten, weder gegen den Besitzer, der bekannt ist (und seine Waffen inzwischen verschoben haben dürfte), noch gegen die Polizeibeamten und Offiziere, die sich mit Waffenschleppungen befassen.

Am 25. Januar findet der Prozeß gegen die Studenten statt, die Dobner zu ermorden versuchten. Sie sind nur wegen „Körperverletzung“ unter Anklage gestellt. Das läßt heute schon einen Schluß über die Art der kommenden Verhandlung zu. Das letzte Wort in der Sache ist noch nicht gesprochen. Jedenfalls hat der Münchner Prozeß gezeigt, daß in Bayern Polizei und Offiziere dunkle Waffengeschäfte machen und daß die Erklärungen der Regierung im Landtag über die Angelegenheit eine bewußte Zerrführung der öffentlichen Meinung war.

Zur Wiener Konferenz.

Provisorisches Statut der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

§ 1.

Unter dem Namen „Internationaler Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien“ besteht eine Vereinigung solcher sozialistischer Parteien, die in Betätigung der Grundzüge des revolutionären Sozialismus die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege des Klassenkampfes erstreben. Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber ein Mittel zur Schaffung einer solchen.

§ 2.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft können alle sozialistischen Parteien werden, die weder der „Avelten“ noch der kommunistischen Internationale angehören, dieses Statut als ihr verbindlich anerkennen und im übrigen die Beschlüsse der Wiener Konferenz erfüllen.

§ 3.

Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, mit andern internationalen proletarischen Organisationen Fühlung zu nehmen, um gemeinsam mit ihnen den Plan der Schaffung einer allumfassenden Internationale der revolutionären Arbeiter aller Länder zu verwirklichen und eine internationale proletarische Kampffront gegen den Kapitalismus herzustellen.

§ 4.

Mit der Durchführung ihrer Beschlüsse betraut die Arbeitsgemeinschaft eine Kommission, deren Wahl erstmals durch die Wiener Konferenz, die zugleich den Tätigkeitskreis dieser Kommission umschreibt, vorgenommen wird.

§ 5.

Zur Beilegung der Anfechtungen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft nach Maßgabe ihrer finanziellen Kräfte beisteht jedoch einem von der allgemeinen Konferenz festzusetzenden Mindestbeitrag.

§ 6.

Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sind für alle ihre Mitglieder verbindlich, insbesondere verpflichten sich die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien, einzeln keinerlei Anschließungsverhandlungen mit andern internationalen Organisationen zu führen und im übrigen ihre internationale Politik gemeinschaftlich zu bestimmen.

Leitsätze über Imperialismus und soziale Revolution.

1. Der Imperialismus ist das Ergebnis der Unterwerfung der Produktion der vorgeschrittenen Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals, das die gesamte Politik dieser Staaten seinen Expansionsbedürfnissen dienlich macht, andererseits der Erschließung der rückständigen, auf vor- oder frühkapitalistischer Entwicklungsstufe stehender Länder, die sofort zum Objekt der heftigsten Konkurrenzämpfe der verschiedenen nationalen Kapitalistengruppen werden. Hat die Bourgeoisie in ihrer liberalen Epoche die Überheblichkeit des Feudalismus in den hochkapitalistischen Ländern zerstört, und an die Stelle der alten herrschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen das unbeschränkte Walten der freien Konkurrenz gesetzt, so ist die imperialistische Epoche der Entwicklung des Kapitalismus charakterisiert durch die gewaltsame Auflösung der überlieferten gesellschaftlichen Ordnung in den

überseeischen Märkten und Ausbeutungsgebieten des Kapitals, wie durch die Entwertung der bestellten, sich bis zu bewaffneten Konkurrenzkämpfen des Kapitals um die monopolistische Beherrschung und Ausbeutung dieser Gebiete.

2. Der Imperialismus hat vor 1914 Europa in zwei feindliche wasserzerrissene Lager geteilt und die Gegensätze zwischen ihnen verdammt zugespitzt, daß ein lokaler Konflikt genügt, die allgemeine Katastrophe herbeizuführen. Im Weltkriege hat der Imperialismus Millionen Menschenleben und die Wohlfaht einer ganzen Generation der Herrschsucht und Raubgier des Finanzkapitals geopfert. Im Verlaufe des Krieges hat der Imperialismus die verlogenen Vorwände, unter denen er Gut und Blut der arbeitenden Volksmassen für die Interessen des Finanzkapitals in Anspruch nahm, selbst zerrissen. Die Legende der Mittelmächte, daß sie den Krieg zur Verteidigung ihrer Länder führen, schon am ersten Tag des Krieges widerlegt durch den verbrecherischen Überfall auf Serbien und auf Belgien, ist völlig kaputt gestraft worden durch die brutalen Gewalttaten von Verdun, Tannenberg und Brest-Litowsk. Die Legende der Entente, daß sie den Krieg führen, um die Herrschaft der Demokratie und des ewigen Friedens in der Welt zu sichern, ist durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres als ein System zynischer Lügen demaskiert. Selbst die Freiheitsbegeisterung der nationalen Bewegungen der kleinen Nationen, die der Imperialismus während des Krieges seinen Zwecken dienlich gemacht hat, ist mit dem Ausgange des Krieges zerstückelt worden; die Freiheit, die sie durch den Krieg errungen haben, ist ihre Dienstbarkeit gegenüber den imperialistischen Weltmächten; die „befreiten“ Nationen selbst bemühen diese Freiheit, um das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen mit Füßen zu treten.

3. Der Weltkrieg hat das kapitalistische Wirtschaftssystem schwer erschüttert. Die aufrüttelnden Ergebnisse des Krieges und die schwere wirtschaftliche Krise, deren der Imperialismus nicht Herr zu werden vermag, haben die Völker revolutioniert. Der gewaltigen sozialen Revolution in Russland sind die mittel-europäischen Revolutionen gefolgt; die unterworfenen Völker Afrikas und Asiens lehnen sich gegen den Imperialismus auf; die Arbeitermassen geraten auch in den Siegerländern in Erregung. Der Imperialismus verliert seine Machtmittel nimmermehr gegen die Revolution: er sucht die russische Revolution zu erwürgen, er leitet die mitteleuropäischen Revolutionen in Fesseln, er hält die Kolonialvölker gewalttätig nieder. Der Imperialismus ist jetzt nicht mehr bloß das System der kapitalistischen Expansion; offener und brutaler als früher erscheint er nimmermehr als das System der kapitalistischen Konkurrenzrevolution. Der Kampf gegen den Imperialismus wird zum Lebensinhalt der durch den Imperialismus selbst entseelten sozialen Revolution.

4. Der Imperialismus hat den Kriegszustand in Osteuropa und in Vorderasien nicht zu beenden vermocht, aber schon schafft er neue Kriegesgefahren. Die Lebensunfähigkeit zwischen den Siegermächten, die vollstreckte Abgrenzung der neuen Staaten, die konterrevolutionären Interventionen in den revolutionierten Ländern vergrößern von Tag zu Tag die Gefahr neuer freierkämpferischer Erschütterungen. Das Proletariat läßt sich nicht darüber, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Friede so wenig ausharrt werden kann wie die Freiheit der Völker. Wo das Proletariat die politische Macht bereits erobert hat, dort muß es sie auch mit den Massen in der Hand gegen den Angriff des Imperialismus verteidigen. Wo die Revolution noch nicht bis zur Machtergreifung durch das Proletariat vorgeschritten ist, muß die Arbeiterklasse die bereits errungenen Ergebnisse der Revolution gegen den Imperialismus, der mit seiner Waffengewalt die Gegenrevolution zum Siege zu führen sucht oder den Fortgang der Revolution zu hindern unternimmt, verteidigen und die revolutionäre Krise zur Eroberung der politischen Macht ausnützen. In den großen kapitalistischen Staaten aber, wo noch der Imperialismus herrscht, und in den Kleinstaaten, die der Imperialismus als seine Vasallen ins Feuer schickt, muß die Arbeiterklasse, unbeeinträchtigt durch die verlogenen Argumentation, die jeden Krieg im Interesse der kapitalistischen Expansion für einen nationalen Verteidigungskrieg auslegt, in unentwegter Feindschaft gegen die herrschenden Klassen verharren, dem imperialistischen Kriege mit revolutionärer Entschlossenheit ihre ganze Kraft entgegenzusetzen. Obgleich diese Pflicht dem Proletariat gegenüber jedem imperialistischen Kriege, so obliegt sie ihm doppelt gegenüber den Kriegen, die zu den Zwecken unternommen werden, die Revolution in andern Ländern niederzuwerfen.

5. Am Anfang des Weltkrieges hatte in den meisten Ländern die sozialistische Auffassung, die den Kampf für die imperialistischen Eroberungsziele der Bourgeoisie als „Pflicht der Landesverteidigung“ verherrlichte, die Führung in den sozialistischen Parteien. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wuchs in den Massen die Erkenntnis der wirklichen Zwecke, für die sie von den herrschenden Klassen hingepfercht wurden. Die Opposition gegen die Politik des Burgfriedens wurde immer stärker. Sie führte in einigen Ländern zur Spaltung der Parteien, in andern Ländern dazu, daß die Führung in der Partei an jene Elemente überging, die gegen die Kriegspolitik der Kapitalisten aller Länder die Grundzüge des proletarischen Internationalismus verfolgten. Dieser Prozeß der Überwindung des Sozialpatriotismus hat nach dem Waffenstillstand im November 1918 rasche Fortschritte gemacht. Trotzdem gibt es noch immer ganze Parteien und Fraktionen in den Parteien, die an ihrer sozialpatriotischen Auffassung verharren. Deshalb erklären die auf der Wiener Konferenz vereinigten Parteien, daß sie in die Arbeitsgemeinschaft, die sie gründen wollen, nur solche Parteien aufnehmen können, die die Grundzüge des Sozialpatriotismus überwunden haben und jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges, sei es auch unter dem Vorwande der Landesverteidigung, ablehnen.

6. Die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien sind weit davon entfernt, die von Rostow aus propagierte systematische Spaltung der proletarischen Parteien zum Zweck ihrer „Reinigung“ gutzuheißen. Jede Arbeiterpartei ist ein entwicklungsfähiger Organismus, der als Ganzes und in seinen einzelnen Gliedern unter der Einwirkung geschichtlicher Erscheinungen sich weiter zu überwinden vermag. Die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien verlangen daher nicht von jedem einzelnen Mitglied der Parteien, das während des Krieges in den Bann des Sozialpatriotismus geraten war, ein öffentliches Sündenbekenntnis, und sie wollen auch nicht jeden, der je einen politischen Fehler gemacht hat, zu ewiger Verbannung, der je einen politischen Irrtum begangen hat, zum Ausschluss der Partei verurteilen. Aber in voller Erkenntnis der Bedeutung, die der Kampf gegen den Imperialismus in der Epoche der sozialen Revolution hat, muß die Arbeitsgemeinschaft der auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien darauf bestehen, daß in jeder Partei, die sich ihr anschließen will, eine Mehrheit besteht, die entschlossen mit dem Sozialpatriotismus gebrochen hat, daß die Minderheiten in den Parteien, die ihre sozialpatriotische Vergangenheit noch nicht vollständig überwunden haben, die strengste Parteizucht gegenüber der von der Mehrheit beschlossenen Politik bewahren und daß alle angehängelten Parteien der sogenannten zweiten Internationale fernbleiben, die der Schlupfwinkel des Sozialpatriotismus ist.

7. Nur wenn das Proletariat in unverfälschtem Kampfe dem Imperialismus gegenübersteht, wenn die Arbeiter jedes Landes ihren Angriff vor allem gegen die Imperialisten des eigenen Landes richten und in allen diesen Kämpfen die Proletarier aller Länder einander tatkräftig unterstützen, kann das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe in der Periode der sozialen Revolution erfüllen. Der Imperialismus hat ganze Völker der Grundlinien ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt, ganze Länder der Blünderung durch das Kapital der Weltmächte preisgegeben, ganze Erdteile gewalttätiger Fremdherrschaft unterworfen; die soziale Revolution ist die Aufhebung der arbeitenden Volksmassen aller Erdteile durch das Unterjochungs- und Zerstörungswerk des Imperialismus. Nur indem das Proletariat die Führung in diesem Kampfe gegen den Imperialismus übernimmt, kann es alle gegen ihn streckenden Kräfte um sich scharen und, auf sie gestützt, mit dem Imperialismus selbst auch seine Grundlage, die kapitalistische Ausbeutung zerschmettern.

Die nationalistische Bege in Oberschlesien.

Kattowik, 18. Januar. Uns wird geschrieben: Alle Nachrichten der Sensationspresse über Parteistreitigkeiten in Oberschlesien sind hauptsächlich Neberreibungen, die nur dazu angehen, die Situation in Oberschlesien noch zu verschärfen. Auf deutscher wie auf polnischer Seite wird im Abstimmungsstamme dem Gegner immer wieder der Vorwurf gemacht, daß er Streit- und Ausschließungsabsichten habe. Das ist um so erklärlicher, als Waffen in großem Umfange im Lande vorhanden sind und die Abstimmungsstamme von der Genese her bewaffnete Maßnahmen beabsichtigt. Wenn diese Persönlichkeit also auch für die obersteinsten Verhältnisse zu begreifen ist, so sollte man doch im Klaren sein, daß man Gelegenheiten hat, die Dinge ruhiger und nüchtern zu sehen, nicht auch noch durch unnötige Ausschreitungen die kritische Lage verschärfen. Sie ist hier wahrlich gespannt genug und braucht nicht künstlich noch verschärft zu werden. Es handelt sich um beiden Seiten Dringlichkeit und Gefahr, die immer von neuem zur Verheerung der Bevölkerung beitragen.

Korsantus erklärt dieser Tage in der Grenzzeitung eine „Warnung an die dunklen Ehrenmänner“, er meint damit die Leiter und Mitarbeiter der deutschen Propaganda und benennt sie ausdrücklich „Berlemer und Ehrlich“, wie die Berlemer, Mitarbeiter und Verbreiter des Bierons (eines deutschen Witzblattes). Er droht ihnen, daß, wenn Oberschlesien erst polnisch sein wird, sie rückwärts zur Verantwortung gezogen werden und fährt wörtlich fort: „Wir haben Geduld und können warten. Erst wenn wir alle diese dunklen Ehrenmänner anlegen und sie die Augen aufmachen lassen. Die Berlemer verfahren ja nicht und nach der Abstimmung werden die Schuldigen der verdienten Strafe nicht entgehen.“ Das sind so unverhüllte Drohungen, daß sie selbstverständlich auf deutscher Seite Abwehrmaßnahmen rechtfertigen, daß eigentlich die Entente-Kommission Ursache zum Eingreifen hätte. Jedenfalls dienen sie schließlich zur Verschärfung des Abstimmungsstammes. Auf der andern Seite scheint die deutsche nationale Presse in dem Wahne zu leben, daß sie mit ihren vagen Lesern irgendwelchen Einfluß auf die Abstimmung ausüben könne und mit der bei ihr bekannten Geschicklichkeit versucht sie das mit alldemselben Berlemer und Neberreibungen. Sie bemüht den 18. Januar zu Beschimpfungen und Beschuldigungen der Interalliierten Kommission, droht, daß nach einem Neuausgang des Abstimmungsstammes die Kommission in Opatow wegen eines Artikels vom 11. Januar auf acht Tage verboten werden.

Verbot obereschlesischer Zeitungen. Kattowik, 20. Januar. Die Kattowiker Zeitung und das Königsbrüller Tageblatt sind heute von der interalliierten Kommission in Opatow wegen eines Artikels vom 11. Januar auf acht Tage verboten worden.

Deutscher Einspruch gegen die Abstimmungsbedingungen in Oberschlesien.

Berlin, 19. Januar. Die deutsche Regierung hat gegen die von der interalliierten Kommission in Opatow erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Wollkammerkonferenz und den Reaktionen in Paris, London und Rom einseitig begründeten Einspruch erhoben. In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Vorschriften vom 30. Dezember 1920 erlassen worden sind, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Opatow oder einer der in Oberschlesien bestehenden Organisationen der Deutschland zugehörigen Abstimmungsvereinigungen in Verbindung getreten worden wäre. Auch der von interalliierten Ausschuss genehmigte vorläufige Vertrag sei wider Erwarten bei der Aufstellung der Abstimmungsbedingungen nicht beteiligt worden, während den Polen nach zuverlässigen Meldungen Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Wünsche auszusprechen. Die Note hebt dann hervor, die Abstimmungsbedingungen enthielten einmal unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages, sodann Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtete Härten darstellten, und endlich solche, die technisch undurchführbar seien. In der Anlage wird eine Zusammenfassung der deutschen Forderungen in den einzelnen Artikeln der Abstimmungsbedingungen nebst einer Denkschrift überreicht, in der die wesentlichen gegen die Abstimmungsbedingungen zu erhebenden Anträge dargelegt werden.

Arbeiterfeindliche Steuerpolitik der Regierung.

Im Steueransatz des Reichstages machte Finanzminister Dr. Wirth Mittelungen über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgeprochenen Wünsche. Die Mehraufwendungen, welche den Ländern und Gemeinden aus der reichsgeföhligen Beamtenaufbesserung erwachsen, sollen vom Reich in Form einer einmaligen Zuwendung gedeckt werden. Zuwendungen an die Gemeinden sind aber abhängig von erheblichen Steuerbewilligungen. Über neue Steuerprojekte kann der Minister keine nähere Auskunft geben. Neue indirekte Steuern oder Erhöhung bereits existierender werden unausführbar sein. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren werden zunächst vorgelegt, ein solcher zur Erhöhung der Ferrapreise gebühren werde folgen.

Die neuen indirekten Steuern werden mit voller Wucht die arbeitenden Massen treffen, die bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und der erträglichen Entbehrungen angelangt sind. Wird aber angeht das stets anschwellende Proletariat, der in die Taschen der Kapitalisten fließt, jemand wagen wollen zu behaupten, daß auch die Grenze für die Kapitalisten bereits erreicht sei? Durch eine stärkere Erfassung der Profite, die die Unternehmer kaum mehr unterzubringen wissen, könnten mit Rechtigkeit die Aufwendungen für die ebertinischen Regierung in noch ganz dieselbe Weise in der guten alten Zeit der unumschränkten Herrschaft der Bourgeoisie: Die Kapitalisten werden mit Handflächen angefaßt, aus den Arbeitern werden die letzten Kräfte erarbeitet und zur Aufrechterhaltung ihres kümmerlichen Lebens notwendigen Großen erpreßt.

Zwangmaßnahmen der Sowjet-Regierung gegen die Bauern.

O. E. Das strenge telegraphische Zirkular Lenins über die schnelle Durchführung der Kollektivierung scheint noch nicht die gewünschte Wirkung erzielt zu haben. Wie die Moskauer Sowjetblätter mitteilen, soll jetzt zu verschärften militärischen Maßnahmen gegriffen werden. Das Volkswirtschaftsministerium beauftragt, daß zur Unterstützung der Verpflegungskontroll- und Truppenabteilungen kommandiert werden, die aus in dem betreffenden Gouvernment stehenden Truppen zu bilden sind. Die

Truppenkommandos haben im ... mit den Verpflegungsmitteln vorzugehen, um die ...

Die Arbeiter- und Bauerninspektionen.

Der Gehalt der Arbeiter- und Bauerninspektion findet auf dem ...

Deutschland.

Kriegsgefangenenverhandlungen in Riga.

In Riga finden zur Zeit Verhandlungen zwischen ...

Eisenbahnwagenmanneil im weisfälligen Kohlengebiet. Wie aus ...

Zur Abkündigung in Oberschlesien. Nach einer ...

Fransösische Schule in der Wala. Die ...

Welche Verinsammlungen in der Nordsee. Gewaltige ...

Verhaftete Arbeiter für die ...

Protest gegen die ...

Kein Karneval im Saargebiet. Durch eine ...

Zurückgewiesenes Schadenersatzangebot. Die ...

Kleine Auslandsnachrichten.

Kampf zwischen Wrangelschen Kosaken und französischen Truppen.

Associated Press meldet aus Konstantinopel: Am ...

Der persische Schah bleibt. Wie Davos aus ...

Keine Erkantung Venus. Die ...

Die neuen Ordnungsbanden in Italien. Der ...

Saladowitsch regt sich wieder. Aus einem ...

Der Streik der spanischen Staatsbeamten. Nach ...

Drohende Hungernot in Indien. Wie der ...

Kämpfe in Syrien. Nach einer ...

Weitere Verhaftungen in Spanien. Nach ...

Unruhen in Argentinien. Wie ...

Eine Ehrengarde für den ...

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark. Die ...

Unfall in Arabien. Die Times ...

Führung eines türkischen Generals ...

Spaltung der sozialistischen ...

Sächsischer Landtag.

11. Sitzung.

Dresden, 10. Januar 1921.

Zustizfragen.

Auf eine kurze Anfrage ...

Es kommt dann zur ...

ein Amnestiegesetz

vorzulegen für ...

Ein Antrag ...

Abg. Mecke (U. So.) begründet den ...

Abg. Langrock (Kom.) begründet den ...

Abg. Langrock (Kom.) begründet den ...

Zustizminister Dr. Harnisch ...

Abg. Langrock (Kom.) begründet den ...

Abg. Mecke (U. So.) begründet den ...

Abg. Mecke (U. So.) begründet den ...

auch, daß der Begriff des ...

Abg. Hammersberg (Dnt.) behauptet, daß ...

Abg. Wünger (D. Wp.) spricht sich ...

Abg. Dr. Dehne (Dem.) bezeichnet eine ...

Abg. Müller-Weipzig (U. So.) ...

Abg. Mecke (U. So.) begründet den ...

Abg. Stewert (Kom.) ...

Der Antrag ...

Es wird dann noch der ...

Aufhebung des Kontubilitätsgesetzes

in Beratung genommen.

Abg. Mecke (U. So.) begründet den ...

Abg. Wünger (D. Wp.) hält den ...

Abg. Wülfel (So.) ...

Abg. Weutter (Dnt.) ...

Frau Salinger (Dem.) ...

Der Antrag geht an den ...

Von Nah und Fern.

25 Schulkinder verunfallt.

Breslau, 10. Januar. Heute, nachmittags ...

Störungen der Fernsprechtellungen.

Gras, 10. Januar. Bei ...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: ...

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Mitglieder-Bekanntmachungen.

Louisa. Freitag, vorm. 8-11 Uhr. Zeitlich...
U.S.P.D. Gross-Leipzig
 Mit-Leipzig, Bez. Süden, Freitag, 21. Januar, abends 8 Uhr, 1921.
Entscheid. Freitag, den 21. Januar, abends 7-8 Uhr.
Liebertwolk. Die Mitgliederversammlung am Freitag, dem 21. Januar.
Stina. Freitag, den 21. Januar 1921, abends 7-8 Uhr.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

Stets frisch

Pflanzen-Margarine
Thalysia
 Paul Garas, G. m. b. H., Neumarkt 31.

Billig

kaufen Sie
Röcke und Blusen
 modern, Form., u. Stoffe
P. Schmitz Nachf.
 Nicolaistraße 5
 36 Sparda Hof-Passage, Laden 36

Blättertabak

Keutudn, ungeladn. 15.
 träftig... 1/2 Pfd. 15.

Rippen

rein Virginia, fein u. wirzig
 in Gelbdruck, Grob-
 u. Feinchnitt 100 gr 3.50

Zigaretten-Geschäft

Wilh. Kade
 Reichenhainer Str. 3.*

KARNEVAL

SCHERZ-ARTIKEL MÜTZEN MASKEN KOSTÜME.
 Katalog verlangen
Rich. Lipski
 LEIPZIG
 Königstr. 12.

Inventur-Ausverkauf

| | | | | | |
|--------------------------------|---|------------------------|-------------|-----------------|----------------|
| Herrn-Anzüge | statt Mark 248.— | 375.— | 468.— | 595.— | 612.— |
| Jetzt Mark | 110.— | 225.— | 275.— | 350.— | 425.— |
| Herrn-Anzüge | statt Mark 665.— | 775.— | 865.— | 885.— | 965.— |
| Jetzt Mark | 450.— | 475.— | 555.— | 585.— | 630.— |
| Herrn-Ülster | statt Mark 240.— | 380.— | 468.— | etc. bis | 1075.— |
| Jetzt Mark | 130.— | 240.— | 338.— | | 700.— |
| Herrn-Hosen | statt Mark 65.— | 78.— | 95.— | 118.— | 175.— |
| Jetzt Mark | 50.— | 58.— | 75.— | 98.— | 125.— |
| Herrn-Nosen | statt Mark 190.— | 225.— | 268.— | 296.— | 318.— |
| Jetzt Mark | 148.— | 150.— | 180.— | 196.— | 230.— |
| Knaben-Anzüge | statt Mark 90.— | 102.— | 110.— | 120.— | |
| Jetzt Mark | 50.— | 55.— | 70.— | 75.— | etc. bis 250.— |
| Konfirmanten-Anzüge | blau, schwarz und Cheviot, Schneiderarbeit Jetzt Mark 310.— bis 421.— | | | | |
| Kniehosen | Jetzt Mk. 30.— bis 55.— | Leibchenhosen | statt 24-30 | Jetzt Mk. 16.50 | |
| Herrn-Cutaway und Weste | statt Mk. 788.— | Jetzt Mk. 475.— | | | |
| Herrn-Feizwesten | statt Mk. 125.— | Jetzt Mk. 85.— | | | |

Friedrich Treumann

LEIPZIG, ROSSPLATZ 1 und Zweigniederlassung Eisenbahnstr. 78

Deutscher Verkehrsband.

Deutscher Transportarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Leipzig.

Geschäftsführer, Transportarbeiter, Markthelfer, Bader, Lagerarbeiter, Kraftfahrer usw.
 bisher im Zentral-Verband der Post- und Telegraphen-Bediensteten organisierte

Telegraphenarbeiter und Beamte von Rauhof, Sachshain, Ummelschhain, Erdmannshain, Eicha, Albrechtshain, Klinga

Sonnabend, den 22. Januar, abends 7-8 Uhr

Wichtige Versammlung

im Restaurant zur Heimal, Rauhof
 an der alle Berufsangehörigen eingeladen sind.
 Verwaltungsstelle Leipzig.

Glaser Generalversammlung

Freitag, den 28. Januar nachmittags 5 Uhr
 im Volkshaus, Café, Mitte.

Tagesordnung:
 Bericht der Lokalverwaltung u. Neuwahl derselben.
 Bericht von der Tarifverhandlung.
 Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
 Gleichzeitig neben wir den Kollegen bekannt, daß ab 3. Januar wieder 10 Pfa. Zuschlag auf alle Stundenlöhne zu bezahlen sind.
 Der Vorstand.

Prima Margarine Pfund 11.00
Prima Schmalz . . Pfund 14.40
Dyck, Stützerberg Straße 8b.
 Telefon 4994.

Hausfrauen!

Reines Schweinefett . . Pfund 14.75
Feinste Margarine Würfel 11.90
Naumann, Lange Str. 41, Ecke Reudn. Str.

prima fettes Rohfleisch

sowie alle Sorten ff. Würstl zum Verkauf.
Rohfleischerei H. Koch, Inh. A. Hädrich
 E.-Alteinschlocher, Sirselstraße 10, Telefon 49998.

RUNKELN

Reis frohfrei und gesund, verkauft im Einzelnen und Fuhrenweise zu den billigsten Tagespreisen
Leipziger Westendhausgesellschaft
 Bindenau, Bismarck Str. 164, Fernsp. 43187.

Inventur-Ausverkauf

nur noch
bis Sonnabend

Kaufhaus Max Sachse

Leipzig-Lindenau
 Lütznerstr. 45/47

Sämtliche Artikel im Preise ermäßigt

Konfirmanten-Anzüge und Schuhwaren

besonders preiswert

Kleider- und Seidenstoffe
 Schotten für Kinderkleider usw.
 jetzt 26.— 20.— 18.75
 Einl. Konfirmanten-Kleiderstoffe in allen modernen Farben
 jetzt 36.— 32.—
 Malbare Stoffe f. Kost. u. Röcke, 130 cm breit
 jetzt 65.— 39.— 28.—
 Seiden-Crepelline in 6 Farben, ca. 90 cm breit
 jetzt 78.—

Baumwollwaren
 Hemdentuch, Qualitätsware
 jetzt 17.50 14.50 11.50
 Hemdenbarchant
 jetzt 17.50 14.50 11.50
 Bettzeug, bed. Kissenbr.
 jetzt 17.50 15.50 13.50
 Bettzeug, gew., in Qual. Kissenbr.
 jetzt 17.50

Damen-Konfektion
 Kleider, weiß, gestickt, Voile, fesch gearbeitet
 jetzt 95.—
 Kleider in Wolle und Halbwolle
 jetzt 260.— 225.— 175.—

Kleider in Seide jetzt 360.— 320.— 250.—
Blusen in Voile, bunt gestickt, jetzt 35.— 45.— 35.—
Blusen in halbwollenen u. baumwollenen Stoff., Sportform, jetzt 58.— 48.— 38.—
Blusen in Seide, jetzt 135.— 115.— 95.—
Kostümstücke in nur modern. Verarbeitung und halbharen Stoffen
 jetzt 52.— 48.— 42.—
Mäntel, Potte Formen
 jetzt 175.— 125.—

Wäsche, Schürzen und Korsetts

Damen-Taghemden mit Barmen Posen, pa. Stoff
 jetzt 32.50
Damen-Taghemden Reformschnitt, m. breit. Stickerei
 jetzt 26.50
Damen-Beinkleider prima Körper-Barchent
 jetzt 26.50
Dam.-Kniebeinkleider in Hemdentuch m. breit. Stickerei
 jetzt 29.75
Blusen-Schürzen, gestreut m. buntem Besatz
 jetzt 22.75
Wirtschafts-Schürze extra weit, prima Stoff
 jetzt 23.75
Korsetts aus gut. Stoff, mit eingewebten Bogen u. Senkel
 jetzt 22.50

Große Posten Gardinen

weit unter Preis.

Künstler-Garnituren in Qual. jetzt 164.— 154.— 123.—

Halbstores, hübsche Dessins
 jetzt 89.— 59.— 54.—

Langstores engl. Tüll
 jetzt 138.— 115.— 79.—

Bettdecken für 2 Betten
 jetzt 215.— 48.— 40.—

Gardinen, schm. Ware, Meter
 jetzt 12.50 11.50 8.50

Gardinen, breite Ware
 Meter jetzt 19.50 18.— 16.50

Vitragestoff in Körper und Damast, Meter
 jetzt 24.— 14.50

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig
 Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Freitag, den 21. Januar, abends 7-7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal)

Fortsetzung der General-Versammlung

Nach Erledigung der Tagesordnung Sonderpunkt: Bericht über die Lohnverhandlung mit dem Arbeiterverein sächsischer Gemeinden.
 Die Bedeutung der General-Versammlung und die Lohnfrage bedingt das Erscheinen jedes Mitgliedes unseres Verbandes.
 Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch oder Karte. Die Ortsverwaltung.

Mädchen- und Wäscharbeiterinnen!

Freitag, den 21. Januar 1921, abends 7-7 Uhr
 im Volkshaus (Café):

Versammlung

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Mädchen- und Wäscharbeiterinnen. Referent: Kollege Theißner, Berlin. 2. Bericht über die Verhandlungen mit den Mädchenfabrikanten und dem Verband des Einzelhandels.
 In dieser Versammlung laden wir ganz besonders die Deputierten ein, um mit ihren Kolleginnen in den Betrieben die Löhne zu heben.
 Einen zahlreichen Besuch erwartet Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Seizer

Geschäftsstelle u. Arbeitsniederlassung: Hotel Victoria, IV. u. V. Etage, Postfach 1011.
 sowie Berufsgenossen
 Expeditionszeit: vormittags von 8-9 Uhr und nachmittags von 5-7 Uhr.

Sonnabend, den 22. Januar 1921, abends 7-7 Uhr
 im Gartencafé des Volkshauses:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kasienbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung nach dem neuen Ortsstatut. 4. Neuwahl der Kartelldelegierten und Revisoren.
 Da in dieser Versammlung die Prüfungsanträge an die Teilnehmer des Seizertarifs ausgehandelt werden sollen, müssen alle Teilnehmer anwesend sein.
 Sonst Karten-Tarife erwartet Die Ortsverwaltung.

Sie die Wahlmänner und Seizer sowie Berufsgenossen in den verschiedenen Gewerben laden wir Montag, den 21. Januar, abends 7-7 Uhr eine Branchenversammlung im Volkshaus ein. Das Verbandsprogramm wird auf der Versammlungstafel am Eingang bekannt gegeben. Die Branchenleitung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Januar

Parteilangelegenheiten.

Ab- und Aufschwung. Freitag, den 21. Januar, abend. 10 Uhr, im Restaurant Bürgergarten, Brüderstr. 11, wichtige Funktionärssitzung. Elternratsmitglieder und tätige Genossinnen und Genossen müssen daran teilnehmen. Unser Familienabend findet am 12. Februar statt. Die Bezirksleitung.

Freiandlersabende L.-O. Freitag, abends 8 Uhr, Gellertstr. 28. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Die „ungünstige“ Stadtratswahl.

Ende März ist die Zeit abgelaufen, für die Stadtbaurat Dr. Bühring und Stadtrat Dr. Merkel in Leipzig gewählt worden sind. Da nach den Vorschriften des § 86 der Revidierten Städteordnung die Wiederwahl von Stadträten als eine Wahl auf Lebenszeit erfolgt, mußten sich die Sozialisten des Stadtverordnetenkollegiums entscheiden, ob sie entgegen der alten sozialdemokratischen Forderung unter den gegebenen Verhältnissen für die Wahl auf Lebenszeit stimmen wollten. Sowohl die Unabhängigen als auch die Rechtssozialisten erklärten, an ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Wahl auf Lebenszeit festzuhalten. Nun mußten entweder die Stellen der Stadträte neu besetzt, das heißt, zur Bewerbung neu ausgeschrieben werden, oder es mußte versucht werden, die Wiederwahl der Ausscheidenden durch Verzicht auf die Antestellung auf Lebenszeit zustande zu bringen. Die beiden Stadträte haben sich denn auch bereit erklärt, im Falle ihrer Wiederwahl keinen Anspruch darauf zu erheben, daß diese Wahl auf Lebenszeit gelten soll, sie haben sich durch schriftliche Erklärungen ehrenwörtlich verpflichtet, nach längerer Zeit, und zwar Dr. Merkel nach 12 Jahren und Dr. Bühring nach 6 Jahren, ihre Posten niederzulegen oder sich erneut zur Wahl zu stellen. Auf Grund dieses Verzichts erklärten sich die beiden sozialistischen Parteien bereit, die zwei ausscheidenden Stadträte wiederzuwählen. Diese Wahl war für die gestrige Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung gesetzt, vorher waren aber 52 andre Punkte der Tagesordnung zu erledigen. Ohne wesentliche Debatte wurden die 52 Tagesordnungspunkte in etwa anderthalb Stunden behandelt. Dann folgte die Wahl der Stadträte. Zur Wahl beantragte Stadtr. Sommer von den Privatangestellten, die Wahl nicht vorzunehmen, sondern die Stelle des Stadtbaurats aus Sparamtheitsgründen vorläufiglich zu belegen. Diese Sparamtheit erschien den beiden sozialistischen Fraktionen unangebracht, weil die großen Bauprojekte der Stadt in bezug auf Wohnungsbau nicht rätlich erscheinen lassen, die Stelle nicht zu belegen. Der Antrag Sommer wurde darauf mit 35 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Im letzten Augenblick vor der Wahl gab es noch ein Hindernis durch einen Antrag des Herrn Dr. Jund, der für Dr. Merkel eine höhere Anrechnung der früher verbrachten Dienstjahre auf die Pensionsberechnung verlangte. Dagegen erhob Genosse Liebmann im Namen der Fraktion Einspruch, so daß die Sitzung um eine Viertelstunde vertagt werden mußte, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, den Antrag Dr. Junds zu beraten. Die Unabhängigen stellten dann den Antrag, Dr. Bühring statt der vorge schlagenen 8 nur 5 Jahre und Dr. Merkel statt der beantragten 5 nur 3 Jahre der verbrachten Dienstzeit anzurechnen. Darauf ließ Dr. Jund seinen Antrag fallen. Vor der Wahl erklärte der Pfarrer Jeremias im Namen der Revidierten Städteordnung, sie erachten die Vorschriften der Revidierten Städteordnung als zwingend, sie könne nicht durch die ehrenwörtliche Verzichtserklärung der beiden Stadträte aufgehoben werden. Der Vorgang habe besondere Bedeutung, denn auf diese Weise kommt man zur Durchführung des Erfurter Programms. Nun kommt man auf diese Weise zwar niemals zur Durchführung des Erfurter Programms, wohl aber enthielte auf diese Weise der schwarze bezackte schwarzgepöppelte Dunkelmann, wie sich die Durchführung des Sozialismus in einem antisozialistischen Pfaffenstadel maßt. Und dieser Mann führt den „geistigen Kampf“ gegen den Sozialismus im Stadtparlament. Der tapprer Gottesstreiter hatte wieder einmal durchschlagenden Erfolg: schallendes Gelächter! Nach diesem heiteren Zwischen spiel, bei dem ein christlicher Pfarrer auf zwei ehrenwörtliche Erklärungen piffte, was gewiß nicht ganz reizlos ist, wurden Stadtbaurat Dr. Bühring mit 41 und Stadtrat Dr. Merkel mit 62 Stimmen wiedergewählt.

Der Pfarrer Jeremias hatte in seiner Not den Blick gewohnheitsmäßig nach oben gerichtet, allerdings nur bis zur irdischen Aufsichtsbehörde, von der er hofft, sie werde Ein-

sicht haben und von Aufsichts wegen die Verzichtserklärung der Stadträte für ungültig erklären. Wir glauben, es wird dem hoffnungsvollen Pfarrer ebenso gehen wie seinen christlichen Schäfchen mit ihrer Hoffnung auf die große Halleujawiese im Jenseits: „Nichts Bestimmtes weiß man nicht,“ aber Hoffnung laßt nicht zuschanden werden.

Kinderelend.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres hatten sich in München Ärzte, Juristen und Pädagogen zusammengesunden, um sich dem systematischen Studium des Elends in allen seinen Erscheinungsformen zu widmen, das der Krieg unter der Münchner Jugend hervorgerufen hat. In einer stark besuchten öffentlichen Tagung wurde über die Resultate dieser Untersuchung berichtet. Die Referate gährten, wie die Frankfurter Zeitung (Nr. 43 vom 18. 1. 1921) schreibt, einen erschütternden Einblick in die traurigen Verhältnisse, unter denen die Jugend, vor allem die der minderbemittelten Kreise, heranwächst.

Oberarzt Dr. Huster sprach über die Leiden, denen das kranke Kind unterworfen ist. Noch niemals wurden in den Krankenanstalten so viel verschleppte Diphtherieerkrankungen festgestellt wie heute. Niemals waren die Fälle von Schmutzinfektionen, Krätze und angeborener oder durch Berührung erworbener Syphilis so häufig wie heute. Dabei sind die öffentlichen sanitären Einrichtungen, die Spitäler, im Abbau begriffen, weil die Kosten für die Verpflegungslage nicht mehr getragen werden können. Es kommt beinahe täglich vor, daß schwerkranke Kinder ungehört weitertransportiert werden müssen, weil die Eltern die Kosten höchstens für Tage, nicht aber für Wochen zu leisten vermögen. Die Kinderpflegerin Obermeisterin B. Woerner stellte aus ihren in der Praxis gewonnenen Erfahrungen mit, daß bei 105 unbemittelten und bemittelten Familien mit 2800 Personen, bei denen sie Erhebungen anstellte, über die Hälfte der Personen zusammengepackt in einem Bett. In mehr als der Hälfte der Betten fehlten Matratze oder Strohhalm, in 144 Fällen jede Zudecke. Leinentücher fehlten bei 45 Prozent. Das Ungelesene nimmt mehr und mehr zu und ist nicht auszuräumen. In dem für Infektionen empfänglichen Alter müssen Kinder mit anderen zusammen schlafen, oder sie liegen viel zu lange mit verunreinigten Kleidern im zu klein gewordenen Säuglingskorb. Die Schwester fand ein sechsjähriges Kind noch im Watschford, ein halbjähriges auf dem Tisch, zwei Kinder von drei bis vier Jahren in Kesselfesseln, ein einjähriges Kind in einer Fußschachtel gebettet. Bei den unerhöht steigenden Preisen werden Kinderkrippen und Kinderwagen, aber auch Wäsche für viele Familien unerschwinglich. In der Verweilung benutzen sonst reinliche Hausfrauen das Kochgeschirr zum Auslösen der Wäsche und die Familienwäschekübel als Suppenkübel. Besonders schlimm steht es um die Säuglingswäsche. Neun Zehntel der Mütter können nicht mehr als zwei bis drei Wäschlein anschaffen. Bisher hat die Münchner Wohlfahrtsstelle den Müttern mit unentgeltlicher oder wenigstens im Preise ermäßigter Wäsche aushelfen können. Nun ist ihr Vorrat nahezu erschöpft, ohne Zuschuß muß auch diese Hilfe aufhören. Die Anschaffungskosten für das Neugeborene betragen 1914 bei einfachstem Aufwand 167 M., heute sind 2903 M. aufzuwenden. Für eine Familie mit vier Kindern kostet allein die Milch im Monat 171 M. In einer Familie müssen sechs Menschen in einem Bett schlafen. Ein Arzt, Stadtrat Dr. Epstein, behandelte das Thema des Wohnungselends. Bei den von der Untersuchungs erfahrenen Einzimmerwohnungen kamen auf das Zimmer durchschnittlich vier bis fünf Personen. Bei einer Enquete, die man im Jahre 1907 veranstaltet hatte, galt eine Zahl von 1,8 Personen schon als Überfüllung. Der vierte Teil der Wohnungen entsprach nicht entfernt den minimalsten hygienischen Anforderungen. Dr. Epstein betonte, daß, wer Gelegenheit gehabt habe, diese Wohnungen zu besuchen, nur mit Schrecken daran denken könne, daß in diesen mit Wasserdampf gesättigten, mit den Ausdünstungen der Menschen erfüllten, meist dunklen und oft beim besten Willen nicht lauter zu haltenden Räumen Menschen atmen, Frauen gebären, Väter von der Arbeit rasten und Kinder heranwachsen sollen. In vierzehn Fällen mußten Menschen die Nacht auf dem mit Lumpen bedeckten Boden in Mäntel eingehüllt zubringen. Allein in 900 Haushaltungen wurden 165 Tuberkulose angetroffen. Von diesen hatten 50 kein eigenes Bett. Universitätsprofessor Dr. Georg Kerschmeyer schilderte die Erziehungsnot der Kinder. Zu den Schulmängeln, die besonders durch die militärische Besetzung der Schulhäuser im Krieg hervorgerufen wurden, gelte sich schwere häusliche Mängel. Ein großer Teil der Minderelendigen im Schulbetriebe geht aber auf die mangelhafte Ernährung zurück. Viele Klassen melden, daß 20 Prozent ihrer Kinder die ganze Woche nur Kaffee oder Tee zu Mittag haben. Andere müssen sich täglich mit Grütze oder Kartoffeln begnügen, Tausende kommen ohne Frühstück zur Schule. Unter diesen Umständen ist eine starke Zunahme der Ermüdungserscheinungen im Unterricht zu beobachten. Ueber die Verwahrlosung der Jugend als logische Folge der Erziehungs mängel, die in Schule und Haus während des Kriegesutage traten, berichtete Amtsgerichtsrat Ruppert. Die Straffälligkeit ist in kurzer Zeit erschreckend gewachsen. Die Zahl der vom Jugendgericht Beurteilten hat sich seit 1914 mehr als verdoppelt. Mit der Umstellung der Kriegsindustrie und der Entlassung der vielen weiblichen Arbeitskräfte hat auch die heimliche Gewerbesucht jugendlicher Mädchen eine bedenkliche Höhe erreicht. Frau Professor Großmann ergänzte aus den Erfahrungen der Schwefelarbeiterinnen die Mitteilungen über die

Wohnungsnot und den Mangel an Betten und Hausanfangsgegenständen durch eine Schilderung der Kleider- und Schuhnot. Ein hoher Prozentsatz der Münchner Volksschulkinder hat überhaupt keine Unterwäsche. Der Mangel an Schuhwerk ist so groß, daß viele Kinder auch bei Regen und Schnee barfuß in die Schule gehen. Gut gekleidet sind nur 7 Prozent der Schulkinder. Keine Unterfelder haben 38, Unterwäsche fehlt bei 42 Prozent. Die Strümpfe fehlen bei 37 Prozent, 10 Prozent haben kein Hemd, 22 Prozent nur einen Anzug für Sommer und Winter, 11 Prozent keine Schuhe, 63 Prozent nur zerrissene, 84 Prozent gehen im Herbst und im Frühjahr barfuß. In einer Familie war für elf Kinder nur ein Hemd da. Universitätsprofessor Dr. Kany berichtete über die Wachstumsverhältnisse der männlichen Jugend, bei denen sich besonders deutlich die Folgen der Hungerelends zeigen. Auch die Beobachtungen, die der Schularzt Dr. Nitzel an den Fortbildungsschulen gemacht hat, bestätigen diese Feststellungen. Nachts hat seit 1913 um etwa 7 Prozent zugenommen. Erwähnenswert ist auch die Zunahme der Kröpfe in dieser Altersperiode und zwar um fast 10 Prozent. Auffallend ist auch der hohe Prozentsatz der Augenfehler. Der Leiter der Tagung, Stadtrat und Universitätsprofessor Dr. Hester wies in seinem Rückblick und Ausblick zum Schluß der Veranstaltung noch besonders auf die zunehmende Gefährdung durch Tuberkulose hin und auf die Notwendigkeit, durch organisatorische Maßnahmen der Mangel- und Lebensmittelknappheit zu begegnen. Er betonte auch, daß die von den Referenten geschilderten Zustände in einer Stadt wie München festgestellt werden mußten, die nach Klima und landwirtschaftlicher Umgebung gegenüber vielen andern Städten mit größerem Industrieerfolgreicht noch verhältnismäßig günstige Lebensbedingungen aufweist.

Wenn schon in München solche traurige Zustände bestehen, so kann man leicht ermessen, welches Elend zum Beispiel in den sächsischen Großstädten bestehen muß. Da hilft keine „Kinderhilfe“. Der Kapitalismus ist unfähig, diese Not zu beseitigen. Erst eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Zustände im sozialistischen Sinne wird hier wesentliche Besserung bringen.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Eigene Bewirtschaftung des Ratskellers. Entsprechend dem von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung gestellten Antrage, die Bewirtschaftung des Ratskellers bei Ablauf des jetzigen Pachvertrages in städtische Verwaltung zu übernehmen, wurde beschlossen, dem jetzigen Pächter, dessen Pachtzeit noch bis zum 30. September 1921 läuft, zu kündigen und wegen Zuerstvernahme der Ratskellerwirtschaft in eigene Regie rechtzeitig vor Ablauf der Kündigungsfrist Bescheid zu fassen. Der weitere Beschluß der Stadtverordneten, die Stadtkellerei durch einen gemischten Ausschuss zu verwalten zu lassen, wurde abgelehnt, weil eine Notwendigkeit zur Bildung eines solchen gemischten Ausschusses nicht anerkannt werden konnte.

Die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Leipzig vom 28. Januar 1910 wurde entsprechend den veränderten Verhältnissen in mehreren Punkten abgeändert. Unter anderem wurde auch beschlossen, die Gesamtsitzungen vom 1. Februar dieses Jahres ab nicht mehr Mittwochs und Sonnabends, sondern Dienstags und Freitags abzuhalten.

Kraftdroschkenfahrten nach Meusdorf und Kalsch. Zu dem Beschlusse des Rates, die Kraftdroschkenbesitzer von der Verpflichtung zur Ausführung von Fahrten nach Part Meusdorf und Kalschhaus Kalsch zu befreien, hatten die Stadtverordneten ihr Gutachten im ablehnenden Sinne abgegeben. Man beschloß, gleichwohl an dem Ratsbeschlusse festzuhalten.

Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig.

Dem Landtage ist am Dienstag eine Denkschrift der Regierung zugegangen, in der beantragt wird, der Landtag wolle grundsätzlich seine Zustimmung erteilen, daß die Forstakademie Tharandt nach Leipzig verlegt und an die Universität angegliedert wird, so daß zur Durchführung der vorgeschlagenen Angliederung, die einen Kostenaufwand von schätzungsweise 4 Millionen Mark verursachen wird, die Verwaltung der Forstakademie Tharandt mit Wirkung vom 1. April 1921 ab an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts übergeht.

Wie die Mehremden verpflegt wurden.

Im Frühjahr 1919 herrschte in Deutschland furchtbare Lebensmittelmangel. Die Blockade wurde noch aufrechterhalten, und die deutschen Agrarier lieferten nicht viel Nahrungsmittel ab. Sie verkauften sie lieber den Schiebern. In Leipzig war der Hunger besonders groß. Der Rat hat aber in dieser Zeit des Notenselends zur Verpflegung der Mehremden auf der Frühjahrsmesse 1919 nachstehende Mengen Nahrungsmittel abgegeben:

- Brot 90 Zentner, Margarine 40, Butter 85, Fleisch 910 Bunt 100, Käse 500, Hühner 100, Kartoffeln 7000, Reis 100, Gemüsenfernen 500, Dörrgemüse 25, Suppen 300, Mehl 275, Hülsenfrüchte 150, Seefisch 900, Puddingpulver 300, Marmelade 500, Pflaumenmus 12, Honig 5, Zucker 110 und Erbsmehl 120 Zentner, Del 400 Liter, Süßholzwursten 800 Stück, Eier 125 000 Stück, Hasen 100 Stück.

An minderwertigen Nahrungsmitteln, wie Dörrgemüse, wurde nicht viel herausgegeben. Das wurde der hungernden Bevölkerung angeschlossen. Dagegen wurden reichlich hochwertige Nahrungsmittel abgegeben.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Jimmie befand sich in Quarantäne, er durfte seiner verschiedenen Impfungen wegen das Lager nicht verlassen. Es gab hier der interessantesten Dinge genug, doch ach, plötzlich fühlte er sich außerst schlecht, und erkannte mit Entsetzen, daß die Impfung recht hatten. Nun ist seine Gesundheit für ewige Zeiten untergraben, er wird an einem Duzend geheimnisvoller Krankheiten leiden. Er verjagte sich ins Spital, ihm war körperlich, noch mehr aber geistig, jämmerlich zumute. Nach etlichen Tagen fühlte er sich wohler, und lauschte den Worten der Pflegerinnen, die ihm mitteilten, daß es jedem so ergehe. Bald vermochte er das Bett zu verlassen und bekam für einige Tage Urlaub, damit er sich völlig erholen könne. Er benützte die freie Zeit, um im Lager herumzuwandern, alles Interessante zu betrachten.

Vor ihnen verharrete ein Mann, der ein Maschinengewehr bediente und tief ihnen zu, wenn sie getroffen waren. Nun hielten sie ihre kleinen Grabwerkzeuge hervor und gruben sich gleich Mauslöcher in die Erde ein. „Grabt, verdammte Hundesöhne, grabt!“ — brüllte der Offizier. „Kopf hinunter, Smith! Werst die Erde auf Stäcker! So ist's recht!“

Derart lebte Jimmie von Mordgedanken umgeben, bildete der grimmigen, wilden Frage des Krieges ins Gesicht. Er hatte gemeint, das Reparieren von Motorradern sei allerorts das gleiche, nun aber erkannte er, daß es einen Unterschied gäbe, zwischen der Reparatur eines Motorrades, auf dem Kaufburden saßen, oder Arbeiter, die mit ihrem Leibe den Sonntag aufs Land strebten, und der Reparatur eines Rades, das Krieger und Elbotten trug. Jimmie mußte endlich dem Kriege gegenüber Stellung nehmen, er vermochte in seinem Geist nicht länger völlig widersprechende Ansichten zu herbeiberagen.

mittel wie Eier, Zucker, Mehl, Fett, Fleisch verleiht. Selbst Reis, den damals der gewöhnliche Bürger nicht einmal zu sehen bekam, wurde immer noch in einer Menge von 100 Zentnern abgetreten. Die Mehlfrüchte, meist gut genährte Leute, konnten schlechten auf Kosten der unterernährten armen Bevölkerung. So wollte es der Rat der Stadt Leipzig. Damals hat man sich gehütet, diese Art von Verteilung beizubehalten. Sie hätte auch einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Achtung! Bibliothekare. Nach kurzer Unterbrechung treten die Bibliothekare der U. S. V. Groß-Leipzig zu einem neuen Kursus zusammen. Genosse Otto Jenschke spricht an einigen Abenden über die Entleerung der sozialistischen Literatur. Die erste Zusammenkunft ist Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Lehrsaal, Braustraße 17, Erdgeschoss. Jede Bibliothek der U. S. V. Groß-Leipzig muß mindestens einen Vertreter entsenden. Alle Mitarbeiter sind willkommen.

Kaffee-Ersatzmittel, die ganz oder teilweise aus Getreide oder Malz bestehen, dürfen im Interesse der Sicherung der Getreidewirtschaft nur in geschlossenen Packungen in den Verkehr gebracht werden. Es wird vom Gewerbeamt darauf hingewiesen, daß künftig die Einhaltung der Bestimmungen über den Packungswang streng überwacht und gegen Zuwiderhandlungen eingeschritten werden wird. Für Kaffee-Ersatzmittel aus Getreide oder Malz bestehen noch Höchstpreise. Dagegen sind Kaffee-Ersatzmittelmischungen, Kaffee-Essenz, Feigentafel, Mischungen von Bohnentafel mit Kaffee-Ersatzmitteln einer Höchstpreisbestimmung nicht mehr unterworfen.

Bei Gemüsekonserven, Obstkonserven, Marmeladen, Obst- und Fischkonserven bedarf es nicht mehr der bisher vorgeschriebenen Angabe des Kleinverkaufspreises auf der Packung oder dem Behälter. Dagegen muß aber, wie das Gewerbeamt mitteilt, auch weiterhin die Firma und der Ort des Herstellers, sowie die Zeit der Herstellung und Fällung nach Monat und Jahr, Maß, Gewicht oder Anzahl auf der Verpackung angegeben sein.

Kohlenausgabe für Erwerbslose! Die noch nicht abgeholtten Brennstoffe auf den angemeldeten Bahnhöfen müssen spätestens bis Sonnabend abgeholt werden, da die Kohlen sonst verfallen. Neue Entschädigung für noch freigelegene Kohle müssen sofort in der Geschäftsstelle, Herberstraße 3, Zimmer 2, eingelöst werden.

Der Kantinenkassenverein Leipzig-Nord veranstaltet seine 9. große soziale Kauflausausstellung am 22. und 23. Januar in der Turnhalle zu Leipzig-Gohlis, Halberstädter Straße. Mit den Streckbahnhöfen 6, 10, 12 und 20 kann man die Ausstellung leicht erreichen.

Der große Saal des Volkshauses steht den Gewerkschaften und Parteien am 21. und 25. Januar noch zu Versammlungen zur Verfügung.

Sozialistischer Rede- und Lesabend. Im Speisesaal der Volkszeitung findet heute der 2. Vortragsabend der Vortragsreihe über das Wesen des Staates statt. Der Genosse K. H. H. spricht über: Theorie der Staatsentwicklung. Der Vortrag beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr.

Lebensmittellisten für Freitag, den 21. Januar.

Für Hausfrauen.
Ausgabe von Lebensmittelkarten an Arbeitslose usw. im Schlachthof, Stall K, 8-3 Uhr, V-Z.

Für Händler.
Futter: Futtermittelentnahme Nr. 1-1000 des Berechnungsausweises und Abgabe der Bezugskarten B 201.

Polizeinrichten.

Tödlicher Unfall. Am 15. d. M. ist ein 24-jähriger Hilfsarbeiter im Bereich des Bahnhofs bei Ausübung seines Dienstes von einer Lokomotive erfaßt worden. Er hat dabei schwere Verletzungen erlitten, an deren Folgen er wenige Stunden nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus St. Jakob gestorben ist.

Autounfall. Nach einer beim Polizeiamt erstatteten Anzeige soll am Montag, dem 20. v. M., vormittags gegen 10 Uhr, auf dem Ditttrich eine mit einem Handwagen und in Begleitung eines Kindes nach der Karl-Tauchnitz-Brücke zu fahrende Frau von einem in der gleichen Richtung kommenden Kraftfahrzeug, das sich zwischen jener und einem sie überholenden Straßenbahnzug der Linie 12 hindurchzwängte, angefahren und mit ihrem Kinde auf den Fußweg geschleudert worden sein. Zur Feststellung des genauen Tatbestandes wird jene Frau gebeten, sich umgehend bei der Kriminalabteilung zu melden.

Vermißt wird seit dem 6. d. M. der 18-jährige Bauhilfsarbeiter Herbert Döhlke, Kronprinzstraße 57 wohnhaft. Er ist 1,60-1,65 Meter groß, unterseht, blond, hat gelbes, rundes Gesicht und war am Tage des Verschwindens bekleidet mit braunem Wintermantel, dunklem Winterüberzieher und hellbraunem Hut ohne Band. In seiner Begleitung dürfte sich ein gleichaltriger Mitschüler befinden. Ferner wird vermißt der 15-jährige alte Goldschmiedelehrling Erich Lewin, Lange Str. 27. Auch er hat sich am 6. d. M. aus der Wohnung seiner Mutter entfernt, ohne bis jetzt wieder dahin zurückgekehrt zu sein. Lewin ist groß, unterseht und hat dunkelblondes Haar. Seine Bekleidung besteht

aus einem dunkelbraunen Jackettanzug, grauem Vaserot und grauer Mütze. Bei ihrem Betreten übergebe man die Vermissten einem Aufwächter.

Ein nichtswürdiger Substanzdieb! In der Breslauer Straße in Leipzig-Schönefeld sind vor kurzem nachts die Deckel von zwei in der Bordkante des Fußwegs an der Parthensseite befindlichen Einlauffächern von Substanz herausgehoben und in die Parthe geworfen worden, wo sie am nächsten Morgen aufgefunden wurden. Durch das freventliche Entfernen der Deckel bestand für Fußgänger die größte Gefahr, bei der herrschenden Dunkelheit in die Schächte hineinzufallen und sich schwer zu verletzen. Wer etwa Angaben zu machen vermag, die zur Ermittlung der Täter führen könnten, melde sich umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache.

Bevorzugtes Glück im Unglück hatte am 14. d. M. abends 1/2 11 Uhr, ein 30 Jahre alter Handlungsgehilfe, der bei dem gefährlichen Verstoß, an der Ecke der West- und Frankfurter Straße auf einen dort vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 18 aufzuspringen, zu Falle und unter den Wagen zu liegen kam. Erst als alle Fahrgäste den Wagen einsteigen verlassen hatten, konnte dieser soweit gehoben werden, daß man den Verunglückten darunter hervorziehen konnte. Wie durch ein Wunder war ihm kein Haar gekrümmt worden. Ein schweres Unglück ist nur durch das sehr schnelle Bremsen des unachtsamen Führers des Wagens verhütet worden.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner, Weitzl, Fortturner- und Fortturnerinnen-Vereine. Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Rautenschützen Garten, Lagerordnung: 1. Bericht der technischen Weitzler; 2. Bericht von der Fortturnerinnenvereine; 3. Anträge; 4. Unterer Jahresberichts; 5. Neuwahlen; 6. Verschiedenes. Alles muß betreten sein.

Der Turnausflug. Friedrich, Bruno, Groß, August, Schmidt, Hans, Dresden, Straße 7.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

Turner, U. S. V. Turnverein. Sonntag, den 22. Januar, nach dem Turnen Versammlung in der Wartburg. Turnerrinnen, sehr zahlreich zur Stelle. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn. - Leipzig: Freitag, Versammlung der Turnabteilung im Restaurant Vater Jahn.

ein Amnestiegesetz überhaupt durch einzugehen, wenn auch die wahre „Gründe“ zu maskieren. Genosse Müller zeigte die Ursachen dieser bürgerlichen Schaumfäule auf; die bürgerlichen Vertreter haben an der sächsischen Amnestie kein Interesse, da die wirklichen Verbrecher, die Kapp-Kittwitz, Vogel, Kessel usw. durch die Reichsamnestie dem Arme der Gerechtigkeit entzogen sind, und es ihnen ganz lieb ist, wenn sich eine reaktionäre Justiz gegen die revolutionären Arbeiter, die wegen geringfügiger politischer Vergehen im Gefängnis schmachten, austobt. Die beiden Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der vereinigten Bürgerlichen an den Rechtsausschuß überwiesen.

Demselben Ausschuss wurde ein weiterer Antrag unserer Fraktion überwiesen, der die Aufhebung eines alten Gesetzes vom Februar 1884 fordert, eines Gesetzes, das, angeblich um Sitte und Ordnung zu wahren, in der schärfsten Weise, natürlich nur gegen die ärmeren Volksklassen ausgeübt wird. Es handelt sich um die sogenannte Konkubinatbestimmung des § 34 des genannten Gesetzes. Der Antrag gab den Herren von der äußersten Rechten Anlaß, sich für die Heiligkeit der Ehe besonders ins Zeug zu legen. Sie bekamen eine treffliche Abfuhr durch Frau Sattler von der Demokratischen Partei, die in einer vorzüglichen Rede, in der sie an Fällen aus der Praxis die standesübliche Handhabung der veralteten Bestimmung nachwies, zu unserm Antrag eine durchschlagende Begründung lieferte. Die Faltung der Rechten war übrigens um so unverständlicher, als Herr Beutler sowohl als auch der Regierungsvertreter zugeben mußten, daß das ganze Gesetz eigentlich schon aufgehoben sei und nur der ominöse § 34 als Anweisung an die Polizeibehörden bestesse.

Die Zwangseingemeindung.

Am 20. v. M. vom Ministerium des Innern verfügten Zwangseingemeindung im letzten Augenblicke doch noch zu entgehen, haben „die zum Tode verurteilten“ Gemeinden Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch in den letzten Tagen noch alle Hebel in Bewegung gesetzt. So haben sie die Deutschnationalen und die Demokraten veranlaßt, im Landtage eine entsprechende Aktion zu unternehmen, die bereits am heutigen Donnerstag vor sich gehen soll. Am Mittwoch nahm auch der Verband sächsischer Landgemeinden, der eine außerordentliche Mitgliederversammlung nach Blasewitz einberufen hatte, zu der Frage Stellung und sagte nach einem Referat des Blasewitzer Gemeindevorstandes, der sich in starken Kräfteausdrücken gegen die sozialistische Regierung gestellt und von Verfassungsverstoß, Rechtsbruch usw. sprach, eine Entschliebung, in der über die Rückachtung der in seiner Entschliebung vom 11. Dezember 1920 ausgesprochenen Wünsche die Entzückung ausgesprochen, in der ministeriellen Maßnahme einen durch die Verhältnisse nicht gebotenen Gewaltakt erblickt und der Landtag gebeten wird, dahin zu wirken, daß zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes und des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden die ministerielle Verfügung rückgängig gemacht wird.

Eine viel verständigere Haltung hat dagegen der Bezirksausschuß der durch die Eingemeindung der drei Orte schwer betroffenen Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt eingenommen. Auch hier wird natürlich der schwere Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht bedauert, jedoch angenommen, daß staatspolitische Erwägungen und Notwendigkeiten diese Entscheidung wesentlich mitbeeinflusst haben. Da dem Bezirk weit über 50 Prozent an Steuerkraft verloren gehen, werde der Bezirk in seiner Leistungsfähigkeit stark erschüttert. Es wird bestimmt erwartet, daß in der weiteren großzügigen und tatkräftigen Weise, mit der hier die Lösung von großen Verwaltungsproblemen versucht worden ist, der Bezirksausschuß und die Entscheidung des Bezirks herbeigeführt wird. Weiter wird in der Entscheidung der ernsten Willen der Regierung zur unverzüglichen Inangriffnahme der Reform der gesamten inneren Verwaltung erblickt und auf der Notwendigkeit der Beseitigung der überflüssigen Kreisverwaltungen hingewiesen, weil wirtschaftliche Geschäftsvorfälle nicht ohne Wegfall von Behörden denkbar sei.

Religionsfragen der sächsischen Reaktionäre.

Dem Landtage ist folgende Anfrage der Deutschnationalen Fraktion zugegangen:

Wie gebent die Staatsregierung zu der vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts unter dem 8. d. M. in offenkundigem Widerspruch gegen § 149 der Reichsverfassung erlassene Verordnung über die Anmeldung von Kindern zum Religionsunterricht sich zu stellen.

Und die ihnen geistes- und seelenverwandten Herrschaften von der Deutschen Volkspartei fragen gleichzeitig wie auf Vereinbarung wie folgt an:

Unter dem 8. Januar 1921 ordnete das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts an, daß bei der Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule die Erziehungspflichtigen dem Schulleiter eine Erklärung darüber abzugeben haben, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Die Verordnung veranlaßt die Schulleiter zur Befragung der Erziehungspflichtigen; sie schafft einen ungeseligen Zustand, da Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Gebent die Regierung, diese mit Art. 149 der Reichsverfassung in Widerspruch stehende Verordnung ungesäumt wieder aufzuheben?

Die Arbeitslosigkeit in Sachsen.

Auf Anregung des Verbandes sächsischer Industrieller fand am 12. Januar im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit in Sachsen und der Kohlenversorgung der sächsischen Industrie befahte. In der Besprechung wurde einstimmig betont, daß der Arbeitslosigkeit in Sachsen unbedingt entgegengetreten werden müsse, da die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen sächsischen Städten auf über zehn Prozent der Bevölkerung gestiegen sei. Durch das Abkommen von Spa sei die Lage in der sächsischen Industrie ungemein verschärft worden. Wenn Sachsen mit Kohlen stärker beliefert werden könnte, würde die Arbeitslosigkeit weitgehend eingeschränkt werden können.

Notwendig sei ferner eine Hilfe des Reichs für die sächsischen Städte und Bezirke, die unter der Last der Arbeitslosenunterstützung finanziell schwer zu leiden haben. Von der Regierung wurde eine wohlwollende Prüfung der Beschwerden angefragt und besonders betont, daß die von der sächsischen Regierung mit Bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestellten Anträge im Reichsabinett Unterstützung finden würden. Bezüglich der Kohlenversorgung wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die seit Spa erhobten Kohlenforderungen der Entente eine Einschränkung der Kohlenlieferung der gesamten Industrie bedingt hätten.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 17. bis 28. Januar 1921 erhalten Bezirksangehörige 100 Gramm Schweinefleisch zu 8,30 Mk. auf den Wochenschnitt der Fettmarke Y.

Großschöcher-Windorf. Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gasthof zum Trompeter eine Versammlung, mit dem Thema: Die Kirche und die Religion der neuen Zeit, statt. Da die Geistlichkeit des Ortes eingeladen ist, so eruchen wir auch unsere Genossen und Genossinnen recht zahlreich zu erscheinen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

(Amnestiegedächtnis.)

Im Plenum des Landtages gab es gestern eine Auseinandersetzung über die Justizverhältnisse, die gleichzeitig eine scharfe Kritik der neudeutschen Klassenjustiz darstellte. Außer einem rechtssozialistischen Antrag, der ganz allgemein die beschleunigte Durchführung der Justizreform forderte, und nach der Erklärung, daß bereits die nötigen Schritte von der Regierung eingeleitet seien, zurückgezogen wurde, standen die beiden Anträge der USP. und DDP. auf Erlass eines Amnestiegesetzes auf der Tagesordnung. Genosse Menck, der unsern Antrag begründete, bedauerte, daß die Regierung nicht bereits selbst einen Entwurf vorgelegt habe, obwohl sie sich mit Übernahme ihrer Kenter dazu verpflichtet habe. Durch die Gegenüberstellung der in letzter Zeit gefällten Klassenurteile schuf Menck eine vernichtende Kritik des „betriebs“. Geradezu lächerlich mutete der Eifer an, mit dem der Kommunist Langrock Hölz, der einst wegen seiner eigenartigen „revolutionären“ Betätigung von der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, für seine Partei reklamirte und durch das gedankenlose Nachplappern einer missverständlichen Auslegung eines Marx'schen Zitats durch einen bürgerlichen Rechtsanwalt den Nachweis zu erbringen versuchte, daß Hölz' Nordbrennereien und Erpressungen rein politische Vergehen seien und unter allen Umständen amnestiert werden müßten. Damit lieferte er natürlich den Bürgerlichen die beste Gelegenheit, ihre Abneigung gegen

Reichstag.

Berlin, 19. Januar, 2 Uhr mittags.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er das 50jährige Gedenktages der Reichsgründung gedenkt. Weiter widmet er dem verstorbenen Abgeordneten Degien (Soz.) einen Nachruf, Legiens Tätigkeit habe ihm Ansehen und Anerkennung auch außerhalb seiner politischen Freunde und über die Grenzen Deutschlands hinaus eingetragen. (Der Reichstag hat sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben.) Der Präsident gedenkt weiter, des verstorbenen früheren Reichstankers Dr. von Bethmann Hollweg, der seine Arbeitskraft in trüber Zeit dem Hause gewidmet hat. (Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Wir wollen uns nicht in den Streit versetzen, der sich an seine Arbeit geknüpft hat. Im Angesichte des Todes überbrücken sich die Gegensätze. (Zurufe der Kommunisten: Er ist ein Kriegsschuldiger! Zwei Millionen Tote! — Lebhafter Applaus im ganzen Hause.) Die gute Absicht wird ihm kaum von irgendeiner Seite bestritten werden. Wenn der Erfolg der guten Absicht nicht immer entprochen hat, so ist das kein Grund, ihm eine stillere Ehrung zu verweigern. (Lebhafter Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Abgeordnete Dr. Lohse (Kom.) einen Protest seiner Fraktion gegen die Feier der Reichsgründung. Die Reichsgründung bedeutete keine Einigung des deutschen Volkes, das weiterhin in Klassen gespalten liegt, sondern es war das Werk der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik und des aufstrebenden Kapitalismus. Die Revolution hat an dem Klassenstaat nichts geändert. (Die nächsten Worte des Redners gehen in lauten Schluß- und Applausen unter.) Die nationale Zukunft Deutschlands kann nur geliebt werden durch das deutsche Proletariat, in Solidarität mit Sowjetrußland durch die Solidarität der Proletarier aller Länder. (Lachen.)

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein und verweist in erster Lesung die drei Gesekentwürfe über den Ertrag von Kriegsschäden im Ausland und in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten, sowie über den Ertrag der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden an eine besondere Kommission.

Interpellation der USP. über Bayern.

Es folgt der Antrag Ueberhold (U. Soz.) wegen der Auserkennung der von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 für Bayern getroffenen Maßnahmen.

Abg. Goldmann-Frank (U. Soz.): Die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit und jeder freien Meinungsäußerung in Bayern durch den Belagerungszustand ist unerträglich geworden. Eine sozialistische Regierung hat den verschärften Belagerungszustand eingeführt, jetzt leiden ihre Anhänger unter den Folgen. Diese Verhängung des Belagerungszustandes war eine Strafe, die um so größer wirkt, je länger sie dauert. Nur eine Regierung von der Unfähigkeit des Ministeriums Kahr braucht ihn, weil sie anders nicht regieren kann. Der Artikel 114 der Reichsverfassung, der die Freiheit der Person verbürgt, hat in Bayern seit 1914 nicht mehr existiert. Jeder auch nur etwas freisinnig gestimmte Mensch ist schußlos der Willkür der Regierung preisgegeben. Unsere Zeitungen werden um der geringsten Kleinigkeiten willen verboten, gegen die offene kanterevolutionäre Propaganda, der monarchistischen und antisemitischen Blätter geschieht nicht das geringste. Selbst Versammlungen der Gewerkschaften und der Betriebsräte werden schikaniert und verboten, verboten werden auch Versammlungen des republikanischen Führerbundes. Wie innig die militärischen Leiter in Bayern mit den Führern des Kapp-Putsch zusammenhängen, beweist ein bisher unveröffentlichtes Telegramm von Wittich an General von Moock, worin die Entsendung eines Diktators für Bayern und die Unterstellung des Wehrkreisamtes unter Berlin gefordert wird. Hier trotzdem können die Ludendorff und Hoffmann ungehindert ihre Kräfte gegen die Republik weitschütten. Nur von dieser Seite wird dauernd Beunruhigung hervorgerufen. Auf der andern Seite hat man in Nürnberg am 20. August 1920 eine völlig ruhig verlaufene Demonstration der Arbeitlosen von der ganzen Garnison mit Panzerkollern und schweren Maschinengewehren auseinandertreiben lassen. Gegen einen Anzug von friedlichen 180 Jugendlichen wurden Maschinengewehre und Flammenwerfer aufgeschoben, während man wiederum 100 000 Deutscher ungehindert bewaffnet in München herumspazieren ließ. (Redner trägt weitere Fälle von gewaltsamen Unterdrückungen von Arbeiterdemonstrationen vor.) Die Zensur ist nach der Reichsverfassung aufgehoben, aber von Moock, dies Musterexemplar eines Staatskommissars, hat sie wieder eingeführt. Als bei der Uraufführung von Webedings Drama: Schloß Wetterstein ein wilder Radau verübt wurde, hat man nicht die Ständemacher zur Ruhe verwiesen, sondern das Stück verboten. Dieser ganze ungläubliche Zustand hat wahre Degen der Reaktion zur Folge. Die sogenannten Volksgerichte, gegen die es keine Berufungsinstanz gibt, sollen eigentlich nur gemeine Verbrechen aburteilen, sie werden aber benutzt, um an politischen Verbrechern die abstrakteste Klassenjustiz zu üben. Die bayerische Regierung heuchelt Reichstreue und sabotiert alle mißliebigen Reichsgesetze und die bürgerliche Mehrheit des Landtages ist ihr dabei willfährig. Das politische Spitzgewesen in Bayern ist eine unerhörte Schmach. Der Belagerungszustand unterkühlt den Ausbau der Orgesch und der andern reaktionären Organisationen. In den letzten Verhandlungen im bayerischen Landtag hat man sich darauf berufen, daß Reichspräsident Ebert sich, weil er den Ausnahmezustand nicht aufhebt, damit einverstanden erklärt. Das ist ein äußerst beschämendes Zeugnis für einen Wehrheitssozialisten. In Bayern ist nicht mehr „Gefahr im Verzuge“ wie in den andern Ländern. Die Gewaltmaßnahmen, die man gegen die Arbeiter anwendet, sind eine bewusste Provokation, weil man in der Aufsehung der Arbeiter wieder einen Grund für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes hätte. Bayern als „Ordnungszelle des Deutschen Reiches“ will auch auf andre Länder hinsichtlich des Ausnahmezustandes aufmuntern wirken. Der Ausspruch des bayerischen Kultusministers vor einigen Wochen in Nürnberg von der „einstimmigen verurteilten Kaiserkrone“ sagt alles. Die Reichsregierung ist es ihrem Ansehen schuldig, wenn sie sich nicht zum Mißschuldigen machen will, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Die Reichsregierung ist zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustandes mit der bayerischen Regierung in Verbindung getreten. Im allgemeinen hält es die Reichsregierung nicht für angebracht, in die politischen Angelegenheiten der Länder einzugreifen. (Hört, hört! bei den U. Soz. und Kom.) Die Reichsregierung ist bei dem geringen Bestande der Reichswehr nur in ganz außerordentlichen Fällen in der Lage, eine Landesregierung zu unterstützen, diese muß in erster Linie auf polizeilichem Gebiet die Verantwortung selbst übernehmen. Nach den Räten der Kommunistenherkunft forderten weitere Kreise der bayerischen Bevölkerung einen größeren Schutz. (Zuruf von links: Die Orgesch und Schutz!) Bayern steht mit Rücksicht auf die Forderungen der Entente auf Entwaffnung vor der Möglichkeit einer Umgestaltung seiner Schutzmaßnahmen, was eine neuerliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich ziehen könnte. Das sind die Gründe, weshalb die Reichsregierung lange Zeit eine abwartende Stellung eingenommen hat und sich auch heute noch eines plötzlichen Eingriffes enthält. (Zuruf von den Anab.: Kahr regiert, nicht Sie!) Allerdings erachtet die Reichsregierung die Aufrechterhaltung der weitestgehenden Bestimmungen des Ausnahmezustandes bei der fortschreitenden Beunruhigung der Bevölkerung für bedenklich. Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung schon jetzt zugesagt, die Beschränkung nichtpolitischer Versammlungen wegschaffen zu lassen. Die Reichsregierung hofft, im Verhandlungswege mit der bayerischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen und erachtet den Reichstag, von einer Beschlußfassung auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zur Zeit abzusehen.

Bayrischer Staatssekretär Spener: Im Reich sind über die Verhältnisse in Bayern zum Teil ganz falsche Gerüchte im Gange, auch die Ausführungen des Abg. Goldmann entsprechen nicht den Tatsachen. Die Grundzüge des derzeitigen Ausnahmezustandes in Bayern bietet Artikel 48 der Reichsverfassung und die auf Grund der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 4. November 1919. (Zuruf links: Es besteht ja keine Reichsverfassung in Bayern!) Orgesch, Einwohnerwehr usw. haben mit dem Ausnahmezustand nichts zu tun. (Gelächter links.) Die Reichsregierung ist der Staatsregierung Kahr für die Wiederherstellung der Ordnung zu herzlichem Dank verbunden. (Zuruf links: O, ihr Hochverräter!) Es wäre verlockend, über das Polizeipräsidium Dorsch etwas zu sagen. (Lärm bei den Kom.) Der Vater der Ausnahmebestimmungen ist nicht die Regierung Kahr, sondern die sozialistische Regierung Hofmann. (Zuruf links: Nichts als Quatsch, wo sind denn die Tatsachen?) Das Ministerium Hofmann legte den allerhöchsten Wert auf die Einbringung dieses Gesetzes, denn die Zustände des damaligen April waren eine Schmach für jede Regierung. (Zuruf links: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? Kahr, Heim oder Ludendorff? — Heiterkeit.) Wer glaubt daran, daß die Kommunisten die Waffen abgeliefert haben? Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist Sache der bayrischen Regierung. Wenn aus den Ausnahmebestimmungen ein Dauerzustand wurde, dann müssen dies die Kommunisten auf ihre Rechnung setzen.

Abg. Vogel (Soz.): Wir stimmen dem Antrage zu, über dessen verfassungsrechtliche Zulässigkeit nach Artikel 48 der Reichsverfassung Lin Zweifel bestehen kann. Es handelte sich, worauf der Reichspräsident ausdrücklich hingewiesen hat, um eine vorübergehende Verordnung, die durch den Reichstag jederzeit aufgehoben werden kann. Der Belagerungszustand ist nicht nur völlig überflüssig geworden, er ist auch ein ganz einseitig gehandhabtes Werkzeug in den Händen der Reaktion. Durch die Zwangsmassnahmen können die Ursachen der bayrischen Unruhen nicht beseitigt werden, sondern nur durch soziales Verständnis und Anpassung an den Geist der neuen Zeit. Wenn Herr von Kahr die Einseitigkeit des Volkes beklagt und von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger spricht, so sind das angesichts seiner rigorosen Ausnahmebehandlung gegen die Arbeiter nur leere Worte. v. Kahr hat selbst zugegeben, daß die Zahl derjenigen Arbeiter ständig wächst, die sich bemühen, für eine ruhige Aufwärtsentwicklung zu arbeiten. Wie reimt sich das mit seiner Behauptung über das Wachsen der kommunistischen Partei? Prüft man sich nicht fortgesetzt, Bayern sei ein Vorbild an Ordnungswillen und innerer Ruhe? Ueberall sonst im Reiche, auch im Ruhrgebiet, geht es ohne Ausnahmezustand. Ich weiß wirklich nicht, welche ganz besonderen Gefahren ihn in Bayern nötig machen. Die Meldungen über die Bewaffnung der bayrischen Kommunisten haben sich als Schwindel und Fälschung erwiesen. Die bayrische Regierung läßt sich von ihren vielen Spitzeln und Abhörstationen über die Volkstimmung ganz falsch informieren. In den Geheimberichten werden Redner und Beschlüsse angeführt, die niemals existiert haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber der Regierung Kahr genügt solche Gerüchte, um den Ausnahmezustand nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu erweitern. Jetzt müssen sogar Mitteilungsveranstaltungen von Uninteressierten, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen von der Polizei genehmigt werden. Das ist eine völlig sinnlose Beschränkung, die eine ungeheure Vermehrung des Beamtenapparates erfordert. Die Betriebsräte werden durch die Schikanen an der Ausführung ihrer notwendigsten Aufgaben gehindert. Der bayrische Kurier hat es ganz offen ausgesprochen, daß es dabei gegen die Sozialdemokraten geht und nicht nur gegen die Kommunisten. Man will einen Konflikt provozieren, um der Entente die Notwendigkeit der bayrischen Einwohnerwehren vor Augen zu führen. An die Ausübung der Räterepublik denkt niemand. Von Ausschüssen kann höchstens auf der rechten Seite die Rede sein. Der Stadtrat von Nürnberg wendet sich mit Einschluß aller Parteien, auch der bayrischen Volkspartei und der bayrischen Mittelpartei, gegen die verfassungswidrigen Verordnungen der Regierung. (Hört, hört!) In München sammeln sich alle Anhänger eines monarchistischen Umsturzes und Revandekrieges. Demen tut man nichts, aber die Arbeiterführer sind rechtlos, selbst die Schutzhaft wird noch widerrechtlicher Weise angewendet. Die Vollmacht gegen die Reaktion ist verständlich, wenn man bedenkt, wie die bayrische Regierung täglich gegen die Reichsverfassung Sturm läuft, ich verweise nur auf die eigenmächtige Auslandspolitik und die Verweigerung der Auflösung der Einwohnerwehren. Nicht umsonst hat Ebert sich gerührt, die bayrische Einwohnerwehr sei so stark, daß sie jeder Regierung ihren Willen aufzwingen könne. Von dieser Macht wird reichlich Gebrauch gemacht. Es trägt nicht zum Ansehen Deutschlands bei, wenn sich das Reich durch Bayerns Schuld Frankreich gegenüber händig in der Rolle des Billstellers bewegt. Wir müssen hier einmütig für die Auflösung eintreten, was ich besonders den Demokraten ans Herz lege. Die Reichsregierung aber muß das Ihre tun, um verfassungsmäßige Zustände auch in Bayern herzustellen. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Emminger (Bayr. Sp.): In Bayern versteht man es nicht, daß immer wieder über den Ausnahmezustand Debatten geführt werden. Außer einem ganz kleinen Teil der extremen Arbeiterfraktion ist für niemand etwas davon. Redner vergleicht darauf den jetzigen Ausnahmezustand mit dem zur Zeit der Räterepublik. Eine Gefahr von Dänen besteht noch, wir müssen gegen jede Reaktion gerüstet sein. Es ist nicht wahr, daß Bayern in der wirtschaflichen Zeit eine Macht oder Mitmacht hatte. Wenn Ludendorff zugunsten eines Putschs von rechts mitzugreifen würde, so würden gegen ihn genau so wie gegen jeden andern alle gesetzlichen Maßnahmen geltend gemacht werden. (Gelächter links.) In dieser politischen Lage läßt sich der Bayer weder von einem Ludendorff noch von irgendeinem aus Norddeutschland Kommanden etwas hineinreden. Die Regierung Kahr hat sich gegen den Kapp-Putsch treu auf den Boden der Reichsverfassung gestellt.

Abg. Straßmann (Dnt.): Der Belagerungszustand ist nichts andres als eine sehr weitgehende Beschränkung der Bewegungsfreiheit der bayrischen Regierung. Die Erfahrungen mit der Räterepublik, die Münchner Geiselnahme und das übrige Blutvergießen dürfen sich nicht wiederholen. Selbst der Münchner Gesellenmord kommt auf das Konto der Räterepublik. Wer weiteres Blutvergießen herbeiführen und Revuehorden wie den eines Adler verewigen will, der hebe den Ausnahmezustand auf. (Bravo! rechts.) Am Schluß ergeht sich der Redner in eine vom Hause mit Heiterkeit ausgenommene Rede gegen Berlin. Die Reichsregierung ist nicht in Bayern, sondern in Berlin und in dem Antrag der Unabhängigen erhebt sie wieder sichtbar ihr Haupt. Der unantastbar demokratische Geist der Weimarer Verfassung führt zurück zum Föderalismus der früheren Zeit.

Reichsminister Koch: Die letzte Entscheidung über verfassungsrechtliche Fragen liegt bei der Reichsregierung, die zu ihrer Zurückhaltung nicht verpflichtet ist. Sie führen nur den Kommunisten Wasser auf ihre Mühlen. (Zuruf Abg. Roenen: Unsere Mühlen werden schon klappern. Was haben Sie in Bremen getan?) Wenn Abg. Roenen mein Schreiben nach Bremen nicht anerkent, so darf er mein Eingreifen in Bayern nicht fordern. Ich wende nicht zweierlei Recht an, eine zentralistische Annahme gegenüber den Ländern lehne ich ab. Große Schwierigkeiten wären uns erspart, wenn das Reich in großen Fragen einheitlicher geführt wäre. Herrn Vogel sage ich, daß ein Geheiß über den Ausnahmezustand vorbereitet wird. Bittsteller sind wir Frankreich gegenüber nicht, solche Behauptungen bereiten der Regierung nur unnötige Schwierigkeiten.

Abg. Wavelt (D. Sp.): Wir lehnen den unabhängigen Antrag ab, da der Ausnahmezustand notwendig ist, um den offen eingetragenen Umsturzplänen der radikalen Linken vorzubeugen. Die kommunistischen Parteien haben einen sorgfältigen Feldzugsplan ausgearbeitet, um die Räterepublik in Deutschland zu errichten. (Zuruf h. d. Kom.: Was haben Sie beim Kapp-Putsch getan?) Der Bezirksauschuss

hat festgestellt, daß ich verhaftet habe, der Ausbruch des Kapp-Putschs zu verhindern. Ueber die Gründe brauche ich Ihnen keine Rechenschaft zu geben. Die Haltung der Wehrheitssozialisten gegenüber der radikalen Linken ist äußerst unklar. Wenn die Reichssozialisten selbst in Gefahr sind, wie bei der Belagerung des Bormars, so nehmen sie gern die Hilfe der geschmähten Offiziere an. Aber nachher sind sie mit den Radikalen wieder ein Herz und eine Seele. Jedemfalls möchte ich lieber Minister in Bayern als in Preußen sein. Wir erkennen Bayern an als vorbildlich für Ordnung, Sicherheit und Freiheit.

Abg. Wieland (Dem.): Wir sind mit der Regierungserklärung einverstanden und halten ebenfalls die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes für erwünscht. Ein direktes Eingreifen des Reiches lehnen wir ab.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Bell wird hierauf die Beratung dieses Gegenstandes abgebrochen und eine Reihe von Petitionen ohne Aussprache erledigt. Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, 1 Uhr: Nachtragsetat der Eisenbahner, Fortsetzung von heute. — Schluß 7 Uhr.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

Sitzung vom 19. Januar 1921.

Eine Eingabe wegen des Gaspreises der Thüringer Gasgesellschaft für die Einwohner von L. Mödern beantragt Betriebs- und Verwaltungsausschuß dem Räte zur Erwägung zu überweisen.

Der Referent Dr. Kunath erläutert die Eingabe. Während in Lindenthal 1.20 Mk. pro Kubikmeter gezahlt werden, müssen die Einwohner von Mödern 1.60 Mk. zahlen. Die Gesellschaft sei sehr wohl in der Lage, auch in Mödern das Gas zu dem billigeren Preise zu liefern. Er empfiehlt dem Rat, in Verhandlungen mit der Gesellschaft einzutreten.

St.-R. Neu: Der Rat hat sich selbst den Weg verbaut. Er hätte die Vorteile, die die anderen Orte genießen, auch für Mödern sichern sollen.

St.-R. Schmidt II: Leipzig markiert mit den Gaspreisen an der Spitze. Redner verweist sich des längeren über die Gaspreise in anderen Städten und wird vom Vortrager erjucht, zur Eingabe zu sprechen.

Der Antrag der Ausschüsse wird angenommen.

Zu der Bewilligung von 20 000 Mk. aus Stammvermögen für den Ausbau der Räume des Standesamts im ehemaligen Gemeindeamt L. Mödern zu zwei Wohnungen beantragt der Hochbauausschuß Zustimmung, die ohne Debatte beschlossen wird.

Zu der Uebertragung der Grundstücke für die Ueberführungen und Nachbewilligungen beantragt der Finanzausschuß im Sinne des Stadtverordnetenbeschlusses vom 27. Mai 1910 von der Vorlage Kenntnis zu nehmen.

Dieser Beschluß lautet: „Die Stadtverordneten erklären, daß sie den Rat in dem Bestreben nach Vereinfachung des Geschäftsganges bis auf weiteres nicht hindern wollen. Dabei behalten sich die Stadtverordneten das Recht vor, in allen ihnen notwendig erscheinenden Fällen für die erfolgten Ueberführungen spezielle Rechtfertigung zu verlangen und darüber Entschließung zu fassen.“

Vizepräsident Bollender teilt als Berichterstatter mit, daß der Rat beschließt, die aufgestellten Grundstücke über die Behandlung von Ueberführungen wie folgt abzuändern: Bei Ueberführungen von mehr als 10 Prozent bzw. 20 Prozent (bei Beträgen unter 1000 Mk.) ist die Entschließung des Finanzamtes darüber herbeizuführen, ob die Genehmigung des Gesamtrats und die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen ist. Beträgen die Ueberführungen mehr als 10 000 Mk., so ist die Genehmigung des Gesamtrats zur Beantragung der Nachbewilligung bei den Stadtverordneten ungefümt einzuholen, auch dann, wenn die 10 000 Mk. unter 10 Prozent der Bewilligungssumme bleiben. Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen.

Bei Beratung der Eingabe wegen Erhöhung des Beitrages an die Comenius-Bücherei beantragen Finanz- und Schulausschuß: 1. die Eingabe dem Räte in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß der Beitrag an die Comenius-Bücherei für das laufende Jahr auf 10 000 Mk. erhöht wird, 2. dem Vorstand der Comenius-Bücherei dringend nahezuweisen, die Mittel zur Erhöhung seiner Einnahmen zu erschöpfen, die ihm noch zur Verfügung stehen, 3. von dem Schreiben des Rates Kenntnis zu nehmen.

St.-R. Köllig beantragt, die Summe auf 15 000 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Bei dem Konto 42: „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ beantragen die Ausschüsse Genehmigung und Ueberweisung einer Eingabe wegen Plahmücken im König-Albert-Park zur Berücksichtigung. — Wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf werden 42 Punkte der Tagesordnung ohne mündlichen Bericht erledigt.

Zugestimmt wurde der Erhöhung der Entschädigung an das Hygienische Institut der Universität für Ausführung von Untersuchungen, die zur Stellung von Diagnosen bei Infektionskrankheiten erforderlich sind, vom 1. April 1920 ab von 20 000 Mk. auf 40 000 Mk., Erhöhung der im Vertrag vom 16. Januar 1912 vorgesehenen Gebühren für meist auf privatärztliche Anordnungen erfolgende Untersuchungen.

Auch der Ausbau der Räume der bisherigen Geschäftsstelle im ehemaligen Rathaus L. Döllitz zu einer Wohnung und Bewilligung der nötigen Kosten von 12 500 Mk. fand Zustimmung.

Der Nachbewilligung von rund 6400 Mk. für Einführung des elektrischen Lichtes in beiden Turmhallen der 25. Volksschule wurde zugestimmt unter der Bedingung, daß die Ausschreibung der Arbeiten noch erfolgt und die 6400 Mk. nur als Berechnungsgeld bewilligt werden.

Der Nachbewilligung der Mehrkosten von 15 800 Mk., die bei Einrichtung der Schulleihe im Schulgebäude Elisabethstraße Nr. 1 für den Nordbezirk der Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen entstehen, wurde zugestimmt mit der Ueberweisung, daß Gas- und elektrische Platten und außerdem Vorseher für die Erdgeschosseinstre befristet werden.

Auch der Einrichtung eines Zimmers für naturwissenschaftlichen Unterricht, eines weiteren Zeichenraums, eines Musterkottors, eines Lehrerzimmers in der höheren Schule für Frauenberufe und der elektrischen Beleuchtung in den vorbezeichneten Räumen, sowie Nachbewilligung der Kosten (76 570 Mk. als Berechnungsgeld) wird Zustimmung erteilt.

Ferner werden 18 300 Mk. zur Beschaffung von Tischen, Schemeln, Zuggeräten usw. für die II. Fach- und Fortbildungsschule für Knaben bewilligt.

Die Ratsbeschlüsse: 1. vorbehaltlich endgültiger Regelung bei Neuregelung des gesamten schulärztlichen Dienstes zunächst für das laufende Rechnungsjahr vom 1. April v. J. ab die Vergütung der Schulärzte bezart zu erhöhen und neu festzusetzen, daß der einzelnen Schularzt eine feste Entschädigung von 700 Mk. für die Schule und außerdem ein Kopfschuld von 1 Mk. für jedes Kind gewährt wird, 2. den Betrag von 80 000 Mk. als Berechnungsgeld zu Lasten des Haushaltsplans 1920/21, Sonderhaushaltplan der Schulgemeinde nachzubewilligen finden Zustimmung.

Auch dem Ratsbeschlusse, zur Bestreitung der außerordentlichen Kriegsunterstützungen für das Jahr 1920/21 noch weiter 60 000 Mark als Berechnungsgeld zu Lasten der Kriegsanleihe zu bewilligen wird Zustimmung erteilt.

Die Bewilligung von 30 000 Mk. Berechnungsgeld aus Kriegsanleihe zur Gewährung von Beschäftigungsbefreiungen an Angehörige von Kriegsgefangenen, Internierten und Vermissten wird ausgesprochen.

Den städtischen Kassenbeamten sollen Fehlbeträge, die nicht durch Fahrlässigkeit entstanden sind, und Falschstücke erstattet werden. Für diesen Zweck wird ein Berechnungsgeld von 5000 Mk. bewilligt.

Eine Ratsvorlage forbert:

I. Begründung einer Direktorenstelle für die Milchhygienische Untersuchungs- und Kindermilkstation in Gruppe XI der Besoldungsordnung vom 1. Oktober 1920 ab; 2. dafür Einziehung einer Hilfsleiterstelle beim Vieh- und Schlachthof in Gruppe IX der Besoldungsordnung.

II. Begründung (Stellenumwandlung) der Stelle des Leiters des Ortsamts für Kriegserlörlage und der Geschäftsstelle des Heimleiters in Gruppe IX der Besoldungsordnung vom 1. Oktober 1920 ab.

III. Begründung (Stellenumwandlung) einer Beamtenstelle für den Inspektor beim Stadtbad in Gruppe VIII der Besoldungsordnung vom 1. Oktober 1920 ab.

IV. Einziehung der Inspektorstelle der Heilmühle bei Aborn in Gruppe VIII und dafür Einziehung einer Kanzleibeamtenstelle in Gruppe VII vom 1. April 1920 ab.

V. Begründung der Stelle eines Magazinverwalters beim Vieh- und Schlachthof in Gruppe VI der Besoldungsordnung und dafür Einziehung einer Kanzleibeamtenstelle daselbst in Gruppe V bis VII vom 1. April 1920 ab.

VI. Begründung von 8 Hausmeisterstellen (Gruppe IV der Besoldungsordnung) in Konto 81 Gebäude und dafür Einziehung von 8 Ratsbotenstellen (Gruppe III) in Konto 1 und 2 Ratsbotenstellen (Gruppe III) in Konto 31 vom 1. Oktober 1920 ab.

VII. Einziehung der Stelle des Kochs beim Johannishospital als Beamtenstelle.

VIII. Einziehung einer Bauinspektorstelle beim Hochbauamt in Gruppe XI der Besoldungsordnung.

Der Verfassungs- und Finanzausschuss beantragt: a) den Ratsbeschlüssen unter I, IV, V, VII und VIII zuzustimmen, b) dem Ratsbeschluss unter VI mit der Änderung zuzustimmen, daß statt „1. Oktober“ gesetzt wird: „1. April“, c) die Ratsbeschlüsse unter II und III abzulehnen.

Punkt II wird an die Ausschüsse zur nochmaligen Beratung verwiesen.

St. B. Börner behauptet unter allgemeiner Heiterkeit, die Stellungnahme zu Punkt III sei ein Akt der Abneigung der Mehrheit gegen alles, was Beamte heiße. Das Gelächter verstärkt sich, als der Redner bei der Abstimmung vergißt, gegen den Punkt III zu stimmen. — Die Ausschüsse werden im übrigen angenommen.

Eine Eingabe des Verbandes der Hausbesitzervereine, nach Möglichkeit zwischen der Bekanntgabe der Ratsbeschlüsse durch die Presse und der Beschlussfassung durch die Stadtvorordneten eine angemessene Frist zu lassen, wird auf sich beruhend gelassen. Herr St. B. Kirnse hatte Ueberweisung zur Ermüdung beantragt.

Zum Schluß wird eine Eingabe wegen Instandsetzung der beiden Höfe der St. Volksschule dem Rats zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Wahl des Stadtbaurats Dr. Böhling und des bisherigen Steuerdezernenten Stadtrats Dr. Merkel stellt der Vorschlag mit, daß die Amtszeit der Herren am 8. April abläufe. In Besprechungen der Fraktionen sei man übereingekommen, die Neuwahl nicht auf Lebenszeit vorzunehmen, sondern eine besondere Amtszeit festzusetzen. Herr Stadtbaurat Böhling habe sich verpflichtet, sich nach 8 Jahren und Herr Stadtrat Merkel sich nach 12 Jahren zur Wiederwahl zu stellen. In verbindlichen Erklärungen wird zugesagt, daß die Pensionsbezüge durch eventuelle künftige gesetzliche Verschlechterungen nicht geschmälert werden sollen. Es soll die früher verbrachte Amtszeit dem ersteren mit 8, dem letzteren mit 3 Jahren angerechnet werden.

St. B. Sommer beantragt, Stadtbaurat Böhling nicht wieder zu wählen, sondern den Rat zu ersuchen, die Stelle einstweilen unbefestigt zu lassen. — Wir können jetzt keine größeren Monumentalbauten auführen. Für Wohnungsbauten kommt Herr Böhling nicht in Frage, dazu haben wir das Wohnungsbauamt. Wenn andere Zeiten kommen, kann die Stelle wieder besetzt werden.

Auf Antrag des St. B. Jeremias werden die ehrenwörtlichen Erklärungen der Kandidaten verlesen. Danach gibt der Redner eine Erklärung seiner Fraktion ab: Die Wiederwahl ist auf Lebenszeit. Diese Vorschrift ist zwingend. Wir werden die Stadträte also auf Lebenszeit gewählt betrachten. Man kommt auf diesem Wege zur Durchführung des Erfurter Programms, das die lebenslängliche Anstellung der Beamten bekämpft. Die Ausschüssebehörde wird den heutigen Beschluß prüfen müssen, und das Kollegium wird sich veranlaßt sehen, die ehrenwörtliche Erklärung zurückzugeben.

Vizevorsteher Jund beantragt, um ein gerechtes Verhältnis herbeizuführen, Herrn Stadtrat Merkel 5 Jahre als pensionsberechtigter früherer Amtszeit anzurechnen.

Vizevorsteher Jund polemisiert gegen St. B. Jeremias. Wenn die Wahl auf Lebenszeit gälte, dann würden wir die Herren überhaupt nicht als gewählt betrachten.

St. B. Jeremias ist erstaunt, daß durch den Antrag Jund eine Bedingung gestellt wird, ohne daß den Fraktionen Gelegenheit gegeben wird, sich darüber auszusprechen. Auf seinen Antrag wird die Sitzung um 15 Minuten vertagt.

Nach Wiederannahme der Sitzung wird der Antrag Sommer mit 35 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Die U. S. V. läßt durch St. B. Jeremias erklären, daß sie bereit sei, für Böhling 5, für Merkel 3 Jahre der außerhalb Leipzigs verbrachten Dienstzeit als pensionsberechtigt in Anrechnung zu bringen.

Vizevorsteher Jund zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Bei der Wahl entfallen auf Herrn Stadtbaurat Böhling 41 Stimmen, leer 21, zerpfliert 6; auf Herrn Stadtrat Merkel 62 Stimmen, ungültig 3, zerpfliert 2 Stimmen.

Darauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

St. B. Börner behauptet unter allgemeiner Heiterkeit, die Stellungnahme zu Punkt III sei ein Akt der Abneigung der Mehrheit gegen alles, was Beamte heiße. Das Gelächter verstärkt sich, als der Redner bei der Abstimmung vergißt, gegen den Punkt III zu stimmen. — Die Ausschüsse werden im übrigen angenommen.

Eine Eingabe des Verbandes der Hausbesitzervereine, nach Möglichkeit zwischen der Bekanntgabe der Ratsbeschlüsse durch die Presse und der Beschlussfassung durch die Stadtvorordneten eine angemessene Frist zu lassen, wird auf sich beruhend gelassen. Herr St. B. Kirnse hatte Ueberweisung zur Ermüdung beantragt.

Zum Schluß wird eine Eingabe wegen Instandsetzung der beiden Höfe der St. Volksschule dem Rats zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Wahl des Stadtbaurats Dr. Böhling und des bisherigen Steuerdezernenten Stadtrats Dr. Merkel stellt der Vorschlag mit, daß die Amtszeit der Herren am 8. April abläufe. In Besprechungen der Fraktionen sei man übereingekommen, die Neuwahl nicht auf Lebenszeit vorzunehmen, sondern eine besondere Amtszeit festzusetzen. Herr Stadtbaurat Böhling habe sich verpflichtet, sich nach 8 Jahren und Herr Stadtrat Merkel sich nach 12 Jahren zur Wiederwahl zu stellen. In verbindlichen Erklärungen wird zugesagt, daß die Pensionsbezüge durch eventuelle künftige gesetzliche Verschlechterungen nicht geschmälert werden sollen. Es soll die früher verbrachte Amtszeit dem ersteren mit 8, dem letzteren mit 3 Jahren angerechnet werden.

St. B. Sommer beantragt, Stadtbaurat Böhling nicht wieder zu wählen, sondern den Rat zu ersuchen, die Stelle einstweilen unbefestigt zu lassen. — Wir können jetzt keine größeren Monumentalbauten auführen. Für Wohnungsbauten kommt Herr Böhling nicht in Frage, dazu haben wir das Wohnungsbauamt. Wenn andere Zeiten kommen, kann die Stelle wieder besetzt werden.

Auf Antrag des St. B. Jeremias werden die ehrenwörtlichen Erklärungen der Kandidaten verlesen. Danach gibt der Redner eine Erklärung seiner Fraktion ab: Die Wiederwahl ist auf Lebenszeit. Diese Vorschrift ist zwingend. Wir werden die Stadträte also auf Lebenszeit gewählt betrachten. Man kommt auf diesem Wege zur Durchführung des Erfurter Programms, das die lebenslängliche Anstellung der Beamten bekämpft. Die Ausschüssebehörde wird den heutigen Beschluß prüfen müssen, und das Kollegium wird sich veranlaßt sehen, die ehrenwörtliche Erklärung zurückzugeben.

Vizevorsteher Jund beantragt, um ein gerechtes Verhältnis herbeizuführen, Herrn Stadtrat Merkel 5 Jahre als pensionsberechtigter früherer Amtszeit anzurechnen.

Vizevorsteher Jund polemisiert gegen St. B. Jeremias. Wenn die Wahl auf Lebenszeit gälte, dann würden wir die Herren überhaupt nicht als gewählt betrachten.

St. B. Jeremias ist erstaunt, daß durch den Antrag Jund eine Bedingung gestellt wird, ohne daß den Fraktionen Gelegenheit gegeben wird, sich darüber auszusprechen. Auf seinen Antrag wird die Sitzung um 15 Minuten vertagt.

Nach Wiederannahme der Sitzung wird der Antrag Sommer mit 35 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Die U. S. V. läßt durch St. B. Jeremias erklären, daß sie bereit sei, für Böhling 5, für Merkel 3 Jahre der außerhalb Leipzigs verbrachten Dienstzeit als pensionsberechtigt in Anrechnung zu bringen.

Vizevorsteher Jund zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Bei der Wahl entfallen auf Herrn Stadtbaurat Böhling 41 Stimmen, leer 21, zerpfliert 6; auf Herrn Stadtrat Merkel 62 Stimmen, ungültig 3, zerpfliert 2 Stimmen.

Darauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen.

Durch die bürgerliche Presse macht ein Wahnsinniges die Runde, der selber auch von einem Teil der Arbeiterpresse abgedruckt worden ist, wonach sich in Amerika sechs Textilarbeiterverbände zu erheblichen Lohnherabsetzungen hätten bereitfinden lassen müssen. Die Notiz ist jedenfalls mit der Absicht in die Presse gegeben worden, um dem Unternehmertum in Deutschland Vorspanndienste zu Lohnherabsetzungen zu leisten. Das Informationsbureau des Textilarbeiterverbands hat zur rechten Zeit ein Schreiben des Vorsitzenden der vereinigten Textilarbeiterverbände Nordamerikas erhalten, das wir zur Beurteilung dieser Tatsachen nachrichten in seinem wesentlichen Inhalt hier folgen lassen. Es heißt da:

Auch bei uns (in Amerika) besteht eine Krise, sind Fabriken geschlossen, oder wird nur zeitweilig gearbeitet, aber ich bin errettet, zu konstatieren, daß außer an einigen Stellen hier und da kein Versuch des allgemeinen Abbaues oder Reduktion der Löhne gemacht worden ist, obwohl sie später eintreten kann, auch ist kein Versuch gemacht worden, die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Arbeitszeit in der Textilindustrie hier im nördlichen Teil des Landes ist auf einer Basis von 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich aufgebaut, mit Ausnahme der Seidenindustrie, von der ein Teil auf einer Basis von 44 Stunden wöchentlich eingerichtet ist.

Der Durchschnittslohn für Spinner ist 24 Dollar wöchentlich, für Gehilfen ungefähr 28 Dollar für Gehilfen ungefähr 22 Dollar wöchentlich. Die Baumwollweber werden durchschnittlich mit 28 bis 30 Dollar bezahlt, wobei kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht wird, da beide mit Akkordlöhnen in derselben Höhe bezahlt werden. Wäcker und Wollfortreter erhalten 30—35 Dollar die Woche. Die Löhne in der Wollindustrie sind durchschnittlich 4—5 Dollar höher als in der Baumwollindustrie und die Löhne in der Seidenindustrie folgen noch ein wenig höher — um 2—5 Dollar.

Indem ich glaube, daß dies die Instruktion sein wird, die Sie wünschen, und indem ich bedaure, Ihnen nicht früher habe antworten zu können, bin ich Ihr getreuer

Johann Golden,

Generalspräsident der vereinigten Textilarbeiter Amerikas.

Da ein Dollar schon seit langem 72 bis 74 Mk. wert ist, was ungefähr den Jahresdurchschnitt darstellt, kann man sich leicht ausrechnen, wie die von den Unternehmern in den größten Farben geschlitzte ausländische Lohnkonkurrenz aussieht. Es sind Wochenlöhne von ca. 2000 Mark, die in Amerika bezahlt werden. Danach bleibt es dabei: Der deutsche Arbeiter ist zur Zeit der schlechtest bezahlte der Welt.

Ein rastloser Bädermeister.

Bei einer Kontrolle fand ein Wohlfahrtsbeamter in Gemeinschaft mit der Kontrollkommission des Zentralverbandes der Bäder, den Bädermeister Erich Schmidt, L. Unger, Schirmerstraße, nachts 1/11 Uhr, bei voller Beschäftigung. Nach Aufnahme des Tatbestandes bekam mit einmal der Bädermeister einen Tobsuchtsanfall. Dem scharfen Entgegenreten des Wohlfahrtsbeamten war es zu danken, daß der Mann vor einem tödlichen Angriff zu rückgedreht.

Bei dem Bädermeister Schmidt schienen noch sehr „schöne“ Zustände zu herrschen. Es müssen noch zwei Gesellen in einem Bett schlafen. Auch bereichert sich der Bädermeister an den tariflich zu zahlenden Löhnen, die er seinen Gehilfen vorenthält und sie nur mit einem Taschengeld absperrt; obwohl die Löhne bei Festlegung des Brotpreises herabgesetzt wurden. Als der Herr wieder zur Besinnung gekommen war, stellte er sich schamlos vor seinen Bad-Ofen und erklärte, daß er am liebsten die Bude zumachen und steppen gehen möchte. Ob dieser wohlgenährte Bädermeister dabei besser fahren würde, beweisen wir sehr. Wir erwarten nunmehr von der Behörde, daß sie gegen diesen Herrn so vorgeht, daß ihm die Lust zum Ueberretzen der Gesetze vergeht.

Zentralverband der Bäder, Konditoren u. verw. Berufsgenossen Deutschlands.

In alle Gewerkschaftslogen!

Die Firma Leipziger Steinholzwerke hat die von den Steinholzlegern geforderte tägliche Auszahlung von 20 Mk. bewilligt. Damit ist der Streik in diesem Betrieb beendet.

Deutscher Bauarbeiterverband Leipzig.

Achtung, Zimmerer und Holzarbeiter!

Die Firma Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft, Großschmied, versucht die Arbeiten der kreisenden Modellistischer bei nicht befristeten Firmen fertigstellen zu lassen. Festgesetzt wird, daß einige organisierte Metallarbeiter und Transportarbeiter trotz Einspruch des Betriebsrates, Streikarbeit verrichten.

Die Zimmerer sowie Holzarbeiter haben bisher das Rangieren der Waggon abgelehnt, der Firma ist es aber gelungen, organisierte Arbeiter für ihre Unternehmerrückstellungen zu gewinnen. Im Streik befinden sich 28 Zimmerer und 15 Holzarbeiter (inkl. Modellistischer). Unterzeichnete Organisationen fordern alle Modellistischer, Holzarbeiter, Zimmerer und Metallarbeiter auf, Streikarbeit für die obige Firma strikte abzulehnen. Es wird von der Firma verlangt werden, von den Eisenbahnwerkstätten nur Waggon mit Unterbaureparaturen zu erlangen, um so die Zimmerer und Holzarbeiter niederzurufen. Hier wird der Betriebsrat von den Eisenbahnwerkstätten zu Engelsdorf das nötige Augenmerk auf oben genannte Firma richten müssen. In allen Fällen ist uns sofort Mitteilung zu machen.

Deutscher Holzarbeiterverband
Sachstelle Leipzig
Zentralverband der Zimmerer
Sachstelle Leipzig.

Kursus XVIII. Sozialpolitisch.

Mittwoch, den 2. Februar 1921, abends 1/2 Uhr, beginnt im Lokal von Weismann, Reudnitz, Rathausstraße 9, ein Kursus XVIII. Sozialpolitisch für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Hörsaalgebühr 5 Mk., für die Literatur geleistet wird. Dauer 12 Abende.

Kursusplan.

1. Einführung. Geschichtliche und politische Entwicklung. Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung.
 2. Die Reichsversicherungsordnung. Gemeinsame Bestimmungen. Versicherungsbehörden. Wahlen.
 3. Krankenversicherung: I. Kreis der Versicherten, Leistungen, Wochenhilfe.
 4. Krankenversicherung: II. Organisation der Verwaltung. Besondere Berufszweige, Ertrag- und Hilfsstellen.
 5. Unfallversicherung: I. Kreis der Versicherten, Leistungen.
 6. Unfallversicherung: II. Organisation. Unfallverhütung, Haftpflichtgesetz.
 7. Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung: I. Kreis der Versicherten, Leistungen.
 8. Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung: II. Organisation, Beitragsverfahren.
 9. Angestelltenversicherung: Kreis der Versicherten, Leistungen, Organisation, Behörden, Privatversicherung.
 10. Verfahren und Rechtsmittel der Reichsversicherungsordnung. Beziehungen zu anderen Ansprüchen. Praxis der Sozialversicherung. Versicherungsbestrebungen in der Sozialversicherung.
 11. Reichsversorgungsgesetz, Erwerbslosenfürsorge. Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht. Armenpflege.
 12. Gewerbeordnung, Arbeiterschutz, Kinderschutz, Gewerbegeichte, Kaufmannsgerichte, ordentliche Gerichte und deren Beziehungen zur Sozialversicherung.
- Lehrer ist Genosse Paul Seiffert. Meldungen von Teilnehmern sind bis zum 24. Januar 1921 an die Gewerkschaften zu richten.

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-
Handlung
Tel. 14122
Windmühlenstr. 42

Ohne jede Konkurrenz
1 Waggon prachtvolle blutfrische
Grüne Seringe
Mittelfische, aber ganz vorzüglich
zum marinieren und braten
1 Pfund 2.00 Mk. | 3 Pfund 5.75 Mk.
100 Pfund 180.00 Mk.

Auf 3 Pfund 1 Pfund süße Blaumen-Melange
Gefäße mitbringen gratis! Gefäße mitbringen

1 Doppel-Waggon feinste
Blutfrische See-Fische!
Pfund von 2.90 Mk. an
Spezialität: Braßfertige Fisch-Koselleiten
Norwegische Salz-Seringe
Pfund von 1.50 Mk. an

Ein Extra-Angebot: Große
Kieler Fett-Büchlinge
Kiste 5 Pfund 26.00 Mk. | 5 Kisten 25.00 Mk.
Keine Mischhaus-, sondern garantiert frische Ware.

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“
von Karl Marchionni. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Nur noch einige Tage dauert mein
Inventur-Ausverkauf

Benutzen Sie jetzt die außergewöhnlich günstige Gelegenheit, sich mit erstklassiger, guter, dabei spottbilliger Garderobe zu versehen.

| | | | |
|------------------|-------|--------------------|-------|
| Herren-Anzüge | 235.- | Herren-Ulster | 190.- |
| Burschen-Anzüge | 195.- | Herren-Paletots | 225.- |
| Jünglings-Anzüge | 165.- | Herren-Hosen | 58.- |
| Kinder-Anzüge | 75.- | Herren-Stoffwesten | 20.- |

| | | | |
|----------------|-------|------------|------|
| Leibchen-Hosen | 19.30 | Knie-Hosen | 35.- |
|----------------|-------|------------|------|

Umtausch gestattet **Cutaway und Weste 450.-** Umtausch gestattet

Änderungen werden berechnet.
D. Jackson
Ecke Schletterstr. Zeitzer Straße 9 Ecke Schletterstr.

41 Witichels Fischhaus 41
3chochersche Straße 41a

empfehlen infolge zu hoher Seefischpreise

| | |
|------------------------------------|------|
| ff. aarte norwegische Vollheringe | 1.50 |
| ff. norwegische Vollfett-Seringe | 2.50 |
| ff. neue deutsche Vollfett-Seringe | 5.50 |
| ff. delikate Heringsmilch | 1.50 |
| ff. marin. Heringsrogen | 1.00 |
| ff. aarte Kieler Fettsüßlinge | 5.50 |

Kiste, 5 Pfund netto Inhalt 27.00
Der beliebteste Fischgeruch. Fisch-Speck 5.00
Frische Seefische zu billigsten Tagespreisen
ff. Neutral-Margarine in Würfeln, Pfd. 12.50

Frische Landeier
hat ständig wieder am Plage, Stück 2.10 Mk. Außerdem
Gute Landwurstwaren
von 22 bis 20 Mk. per Pfund.
Edmund Giepner, Lindenau, Demmering-
sirasso 1.
Eingang zum Raden Hausfur links.

Achtung!
Prima frisches Schweinefleisch
Pfund 17.00 Mark
Geräucherter Speck
Pfund 14.50 Mark
Christian Müller
O. Täschner Nachf.
Kirchstrasse 48. Kirchstrasse 48.

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
Blutreinigungskuren, Sorzt, Behandlung. Voraussehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5, Pfaffendorfer Str. 14.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Staatwirtschaft und Privatwirtschaft.

Kennzeichnender für die Verteilung der Machtverhältnisse, wie sie sich seit dem Beginn der Revolution in Deutschland herausgebildet haben, als die Zusammensetzung der Regierung, die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien und die politischen Ereignisse der letzten Zeit ist eine Gegenüberstellung der augenblicklichen Lage der Staatsfinanzen und der Vorgänge im kapitalistischen Lager. Sie wird uns zeigen, daß die Revolution, entgegen den Erwartungen der rechtssozialistischen Führer, deren unbegründeter oder scheinheiliger Optimismus breite Arbeiterschichten in eine opportunistische Politik eingelullt hat, keine allmähliche Ausdehnung der Machtsphäre der Staats- oder Gemeinwirtschaft gebracht hat, sondern im Gegenteil eine katastrophale Schwächung, der eine gewaltige Stärkung und Festigung der Macht des Kapitals gegenübersteht.

Die Lage der Staatsfinanzen.

Einige Ziffern sollen veranschaulichen, wie es augenblicklich um unsere Staatsfinanzen steht. Im Voranschlag des Staatshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1920/21 war der Eingang an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben mit 38 Milliarden Mark vorgesehen. Vom 1. April bis Ende November 1920, also in den ersten acht Monaten des Rechnungsjahres, waren davon tatsächlich eingegangen 18,4 Milliarden Mark, während nach dem Voranschlag 25,3 Milliarden Mark hätten eingehen müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die Befriedigung der Erwartungen des Voranschlages keine tatsächliche Bilanzierung des Staatshaushaltes ermöglichen würde. Untersucht man aber nun die einzelnen Ziffern der Eingänge, so findet man, daß nur die Besteuerung des Kapitals versagt hat, während die Steuern und Abgaben, die die arbeitenden Massen so schwer belasten, dem Voranschlag entsprechend oder gar noch darüber hinaus eingegangen sind. So hat die Einkommensteuer statt der erwarteten 8 Milliarden bisher nur 4,25 Milliarden erbracht. Das Manko geht aber nur zu Lasten der hohen Einkommen, denn es wurde offiziell zugegeben, daß die Eingänge aus den Arbeitseinkommen bereits den Voranschlag überschreiten, obwohl erst ein Teil von ihnen durch den Steuerabzug hereingebracht wurde. Die reinen Kapitalsteuern, wie Kapitalertragssteuer, Reichsnotopfer und Erbschaftsteuer erbrachten statt der veranschlagten 3,8 Milliarden bloß 1,6 Milliarden, also nicht einmal die Hälfte. Andererseits haben die den Verbrauch der breiten Massen belastenden Zölle und indirekten Steuern etwas mehr als den veranschlagten Betrag, nämlich über 6 Milliarden Mark erbracht. Auch Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung haben die auf sie gesetzten finanziellen Erwartungen erfüllt.

Die Besteuerung der Arbeitseinkommen sowie die Zölle und indirekten Steuern tun dem Kapital bekanntlich nicht weh, verschärfen hingegen direkt oder indirekt durch die Verteuerung aller Waren und die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung das Elend des Proletariats. Das ist der Erfolg der „revolutionären“ Steuerpolitik Erzbergers. Der schwächliche, unzulängliche Ausgleich, den er für diese Belastung des Proletariats in einer bescheidenen Kapitalbesteuerung versucht hat, ist durch die von der Bureaucratie gebildete oder begünstigte Steuerabotage des Kapitals vereitelt worden. Dafür sind die von uns angeführten Ziffern ein sprechender Beweis.

Der Notenumlauf.

Kann sich der Staat nicht durch normale Einnahmen die notwendigen Mittel zur Bestreitung seiner Ausgaben verschaffen, so bleibt ihm als letztes, für ihn sehr bequemes, aber für die Volkswirtschaft und insbesondere für das Proletariat unheilvolles Auskunftsmitglied die Inanspruchnahme der Notenpresse. Das ist die einzige staatliche Institution, die im vergangenen Jahre befriedigend gearbeitet hat. Wurden in diesem Jahre doch nicht weniger als 33 107 Millionen Mark an Banknoten und 12 858 Millionen Mark an Reichs- und Darlehnsklassenscheinen neu gedruckt, so daß sich in diesem Jahre der Umlauf an Banknoten von 35 698 Millionen auf 68 805 Millionen und der Umlauf an Reichs- und Darlehnsklassenscheinen von 10 561 auf 23 417 Millionen Mark erhöhte. In der ersten Januarwoche ist zwar der Umlauf von Noten und Darlehnsklassenscheinen um 1025 Millionen Mark zurückgegangen, aber der Rückgang ist zweifellos nur ein vorübergehender und wird durch neue Erhöhungen bald wieder wettgemacht werden. In ihrer Antwort auf die 41 Fragen der Entente hat ja die Regierung selbst zugegeben, daß sie bestenfalls nur auf eine Verlangsamung des Anschwellens des Papiergeldumlaufes für die nächsten Monate hofft. Bisher war das Tempo beängstigend genug und auch eine Verlangsamung wird die unheilvollen Folgewirkungen der Noteninflation nicht abwenden können, die wir für die nächste Zeit zu erwarten haben: Eine Erhöhung des Papiergeldumlaufes, der keine Erhöhung des Wertes der umlaufenden Warenmenge entspricht, führt unweifelbar zu weiterer Entwertung des Geldes bzw. Steigerung der Warenpreise, die sich mit elementarer Gewalt durchsetzen wird, wenn erst die Weltwirtschaftskrise abgeebbt sein wird. Dann wird wieder jener wilde Preis- und Lohnkampf einsetzen, den wir im Verlaufe der letzten Jahre so oft erlebt haben, und wie immer wird das Proletariat es sein, das dabei den kürzeren ziehen wird, dessen Reallöhne und Lebenshaltung eine weitere Senkung erleiden werden.

Die Industriegewinne.

Während die Staatwirtschaft aus dem verhängnisvollen, fehlerhaften Zirkel von Inflation und Vermehrung der Ausgaben keinen Ausweg findet und die Volkswirtschaft immer tiefer ins Elend gerät, blüht der Weizen der Kapitalisten immer üppiger. Ihre scheinheiligen Klagen, daß die Erzberger'schen Kapitalsteuern die zur Aufrechterhaltung und

Erweiterung der Produktion notwendige Akkumulation des Kapitals unmöglich machen, werden durch die ungeheuren Gewinne und finanziellen Transaktionen, die ununterbrochen vorgenommen werden, schlagend widerlegt. Einige Ziffern, die nur die Vorgänge der letzten Woche betreffen, mögen ein Bild davon geben, wie wohl sich heute das Kapital fühlt:

Die Wanderer-Werke in Schönau bei Chemnitz erzielten trotz reichlicher Abschreibungen von 2,6 Mill. Mark (gegenüber 0,9 Mill. Mark im Vorjahre) einen Uberschuß von 9,7 (3,7 i. Vorj.) Millionen Mark, während ihr ganzes Kapital nur 10,5 Millionen Mark beträgt. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 35 Prozent, während im Vorjahre auf das halb so große Kapital „nur“ 20 Prozent Dividende verteilt wurden. Uebrigens wird die Gesellschaft ihr Kapital nochmals verdoppeln, wobei den Aktionären die Aktien zu 120 Prozent des Nennwertes angeboten werden, während sie augenblicklich an der Börse mit 665 Prozent notieren. Das Bezugsrecht allein ist also 545 Prozent des eingezahlten Kapitals wert.

Die Blei-Industrie A.G. in Freiberg (Sachsen) verteilt auf das erhöhte Kapital 40 Prozent Dividende gegenüber 15 Prozent im Vorjahre.

Die Oberschlesische Eisenbahnbearbeitungs-A.G. hat in 9 Monaten einen Uberschuß von 33,1 (3,6 i. Vorj.) Millionen Mark nach 10 (6,4) Millionen Mark Abschreibungen erzielt und kann ihre Aktionäre mit 25 Proz. (6 Proz.) Dividende auf ein von 48 auf 64 Millionen Mark erhöhtes Kapital beglücken.

Das Baroper Walzwerk verteilt auf 4,6 (0,4) Millionen Mark Reingewinn 50 (6) Prozent Dividende.

Den Rekord aber schlägt eine verhältnismäßig kleine Gesellschaft, die Reichswerke A.G. in Sandbach bei Höchst, die sich mit der Herstellung von Automobilen, Fahrrädern etc. beschäftigt. Dieses Unternehmen, dessen ganzes Kapital nur 1,5 Mill. Mark beträgt, hat in diesem Jahre einen Uberschuß von 7 Millionen Mark erzielt, so daß es der Verwaltung schon einigermaßen schwer fällt, den Gewinn unterzubringen. Schließlich hat sie den Ausweg gefunden, daß sie nur die alte Dividende von 20 Prozent verteilt, außerdem aber einen Bonus von 30 Prozent, und obendrein erhalten die Aktionäre für jede Aktie eine Gratisaktie, so daß die gesamte Dividende, vom Werte des Bezugsrechtes abgesehen, nicht weniger als 150 Prozent beträgt.

Kapitalerhöhungen.

Wie wenig die Kapitalisten durch die Steuern beunruhigt oder in ihrer „Entfaltung“ gehemmt werden, geht auch daraus hervor, daß sie genug Kapital flüssig haben, um die gewaltigen Kapitalanprüche, die durch die ununterbrochenen Gründungen, Kapitalerhöhungen und Inzestrianleihen an sie gestellt werden, voll auszufriedigen zu können. In der letzten Woche allein wurden folgende Kapitalerhöhungen vorgenommen bzw. beantragt (es sind nur die allergrößten Erhöhungen berücksichtigt):

Die Hannoversche Maschinenbau-A.G. erhöhte ihr Aktienkapital um 26 Millionen Mark, die J. C. Vogel-A.G. in Berlin um 11,5 Millionen Stammaktien und 3 Millionen Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht auf 27 Millionen Mark. Die Braunschweiger Eisenwerke, die vor Jahresfrist ihr Kapital von 10 auf 20 Millionen gebracht haben, erhöhten es weiter auf 40 Millionen und geben außerdem für 20 Millionen Mark Obligationen aus; die neuen Aktien werden den Aktionären zu 115 Prozent angeboten, der Tageskurs beträgt augenblicklich 635 Prozent, auf jede Aktie fallen also dem Besitzer 520 Prozent seines eingelegten Kapitals in den Schoß. Weitere Erhöhungen nahmen vor: Die Schwarzkopff-A.G. um 20 Millionen Mark, die Leonhardt-Tisch-A.G. in Köln um 37,5 Millionen Mark (davon werden 5 Millionen Mark Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht ausgegeben), die Deutsche Gold- und Silberseidenanstalt in Frankfurt a. M. um 60 auf 100 Millionen Mark (darunter 20 Millionen Mark Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht), die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) um 100 Millionen Mark, wovon 20 Millionen Mark mit der befreundeten Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ausgetauscht werden, die Ludwig-Loewe-A.G. um 15 auf 30 Millionen Mark, die C. D. Magirus-A.G. in Ulm um 18 auf 27 Millionen Mark (darunter 4,5 Millionen Mark Vorzugsaktien mit dreifachem Stimmrecht), die Hohensolowerwerke um 20 Millionen Mark Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht.

Ferner sucht die Friedrich-Krupp-A.G. für eine Obligationenleihe von einer Viertelmilliarde Mark Kapital auf dem Markte, ebenso haben die beiden neuen großen Unternehmungen zur Ausnützung der bayrischen Wasserkraft-Anleihen in unbegrenztem Umfange ausgeschrieben.

Es soll nicht bestritten werden, daß die meisten dieser Transaktionen volkswirtschaftlich berechtigt sind, um die Produktion, die mit den alten Kapitalbeträgen infolge der Geldentwertung nicht mehr weitergeführt werden könnte, auf der einmal erreichten Stufe fortzuführen oder zu erweitern. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß jede dieser Transaktionen mit ungeheuren Gewinnen für die beteiligten Kapitalisten verbunden ist und überdies, wie es vor allem bei der Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht der Fall ist, die Macht und den Einfluß der an der Futtertrappe sitzenden Kapitalisten weit über ihr eigenes Kapitalvermögen hinaus verstärkt und befestigt.

Die Konzentration des Kapitals.

Die größte Steigerung des Einflusses und den gewaltigsten Machtzuwachs aber für die großen Kapitalisten und das Kapital als Klasse bringt die Konzentration des Kapitals in der Form von Interessengemeinschaften, Verschmelzungen, Erwerb von Aktienmehrheiten usw., die in letzten Jahre in Deutschland geradezu amerikanische Dimensionen angenommen hat. Auch sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, solange die kapitalistische Wirt-

schaftsordnung noch aufrechtersteht, ja, sie ist heute der letzte Rettungsanker für die kapitalistische Gesellschaft geworden, der letzte Versuch, die Produktion auf kapitalistischer Grundlage wieder zu beleben. Aber sie hat gleichzeitig eine Machtvermehrung des Kapitals zur Folge, die seinen Einfluß auf das gesellschaftliche und Wirtschaftsleben in ungeahntem Maße verstärken muß.

Es seien wieder nur die Vorgänge der letzten Woche erwähnt, die zwar keine so dramatischen und für den Aufbau der deutschen Wirtschaft entscheidenden Ereignisse gebracht hat wie etwa die im vorigen Monat vollzogene Vereinigung der beiden Industriehierarchen Stinnes und Siemens, die aber doch für eine ununterbrochene Fortsetzung der Konzentrationsbewegung Zeugnis ablegt. An der Spitze steht diesmal die Ausdehnung des Herzogtums Krupp, das sich bisher nicht ganz so annexionswütig gebärdete wie seine Nachbarstaaten Stinnes, Klockner, Haniel usw.; nun will Krupp rasch das Veräumte nachholen und hat zur „Erweiterung seiner Kohlenbasis“ mit der Kohlenbergwerksgesellschaft Vereinigte Konstantin der Große eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die durch Aktienkäufe Krupps vorbereitet worden war, und beabsichtigt, seine Kohlenbasis durch den Anschluß an die rheinische Braunkohlenindustrie weiter auszubauen.

Stinnes selbst begnügt sich diesmal mit einem kleinen Bissen: Es werden die der Firma Hugo Stinnes und die der Maschinenbau-Gesellschaft Königsberg gehörenden Königsberger Betriebe in einer neu zu gründenden Gesellschaft m. b. H. vereinigt.

An weiteren Konzentrationsbewegungen in der Schwer- und Maschinenindustrie, die an der Spitze des neuesten kapitalistischen Fortschritts marschieren, seien erwähnt: Die Eisenerz-Steinkohlenwerke haben mit der Bergbau-A.G. Lothringen und der Maschinen-Firma Henschel u. Sohn in Kassel eine Interessengemeinschaft abgeschlossen und zu diesem Zwecke ihr Kapital um 25 auf 75 Millionen Mark erhöht. Die Firma Henschel hat ihrerseits entscheidenden Einfluß auf die Frankfurter Maschinenbau-A.G. gewonnen.

Die Hirsch-Kupfer- und Messingwerk-A.G. gliederte sich die Hilttenwerke C. Wilhelm Kaiser u. Co. an und trat mit ihrer Großaktionärin, dem großen Metallhaus Aron Hirsch u. Sohn, in eine engere Arbeitsgemeinschaft ein; zur Durchführung dieser Transaktionen erhöhte sie ihr Kapital um 30 auf 80 Millionen Mark und gab für 50 Millionen Mark Obligationen aus.

Die Maschinenfabrik A. Wölff A.G. in Magdeburg-Buckau übernahm die Maschinenfabrik Buckau und erhöhte ihr Kapital um 40 Millionen Mark.

Eine andre Industrie, in der die Konzentrationsbewegung in der letzten Zeit ungeheure Fortschritte macht, ist die Brauindustrie. Hier sind in der letzten Zeit an die Stelle unzähliger kleiner Betriebe einige wenige große Trusts getreten, von denen der Schultzei-Bayenhofer-Trust und der Engelhardt-Trust die bedeutendsten sind. Die Engelhardtbrauerei hat sich in der letzten Woche durch die Auffassung der Schlesischen A.G. für Bierbrauerei und Malzfabrikation weiter ausgedehnt. Ferner verschmolzen sich der Brauverein Gera und die Aktienbrauerei Progen in Gera mit der Altenburger Aktienbrauerei, die nunmehr alle vier Brauereien von Gera in sich vereinigt. Der Rülckfort-Ronzern in Stettin erwarb die Aktienmehrheit der Bergschloß-Brauerei und Malzfabrik C. L. W. Brandt in Grünberg (Sachsen) und die Bavaria-Brauerei in Altona übernahm die Tivoli-Brauerei in Hamburg und die Bierbrauerei Bergschloßchen in Stade.

In den Industrien, in denen die Verschmelzungsbewegung nicht so rasch vor sich geht, suchen die Kapitalisten einen andern Weg zur Stärkung ihrer Macht und ihres Einflusses: Sie schließen sich in großen Unternehmerverbänden zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d. h. zur Hochhaltung der Preise und zur einheitlichen Aktion gegenüber der Arbeiterschaft zusammen. Innerhalb einer Woche wurden folgende Unternehmerverbände gegründet: Ein Spitzenverband der innerhalb des Edelmetallgewerbes bestehenden Verbände der Fabrikanten, Großhändler und Kleinhandlender, ein Reichsverband deutscher Geschäfts- und Industriehausbesitzer, ein Wirtschaftsverband der Seidenfabriken Mitteldeutschlands, eine Zentralorganisation der Fachverbände des Textileinzelhandels, ein Reichsverband der deutschen Aluminiumwaren-Industrie, eine Interessengemeinschaft deutscher Lackfabrikanten; und schließlich schloß sich ein erheblicher Teil der bis Ende des vorigen Jahres im Schwemstein-Syndikat vereinigten Werke zu den Vereinigten Bimsbaustoffwerken zusammen.

Das Elend der breiten Massen des arbeitenden Volkes ist der Nährboden, aus dem die kapitalistischen Schmaroher ihre Säfte ziehen, aus dem Keit der Arbeitskraft des verelendeten Proletariats saugen sie wie Vampire ihre Wuchergewinne, von denen sie selbst die heute von ihnen verlangten unzulänglichen Steuern dem Staate vorzuenthalten wissen — macht doch die Ausübung der Kunst der Steuerhinterziehung den größten Teil ihrer „Arbeit“ aus —, um durch die Verelendung der Staatwirtschaft die des Proletariats weiter zu beschleunigen. Während so auf der einen Seite die Arbeiterschaft wirtschaftlich unter die Räder kommt und zum Ueberfluß die wirtschaftliche Nachverminderung noch durch die politische Zersplitterung und Kräftevergeudung verschärft, sammelt das Kapital alle seine in letzter Zeit so gewaltig angewachsenen Kräfte, stärkt und festigt es durch Konzentration und Vereinigung seine Macht, um für den Ansturm des Proletariats gerüstet zu sein, ja, selbst im künftigen Zeitpunkte zur Offensive überzugehen und es ganzlich niederzuschlagen.

Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, die Vorgänge im kapitalistischen Lager aufmerksam zu beobachten, um die Macht und Stärke ihrer Feinde kennen zu lernen; der geschlossenen machtvollen Front des Kapitals eine ebenso geschlossene und in ihrer Geschlossenheit unüberwindliche Front gegenüberzustellen.

Lichtspiele Alberthalle Krystallpalast

Ab morgen Freitag: Grosses Doppel-Programm

Der tadelhafte Auslandsfilm:
Die unbefleckte Hand

Grosser italienischer Kunstfilm in 5 Akten
Herrliche Aufnahmen aus Venedig, Neapel, Die blaue Grotte auf Capri. — In der Hauptrolle **Mabel May Yong**

Ausserdem: Persönliches Auftreten der deutsch-amerikanischen Tänzerin

Mabel May Yong

in
1. **Orientalische Tänze**
2. **Fantasie-Walzer**

Ferner:

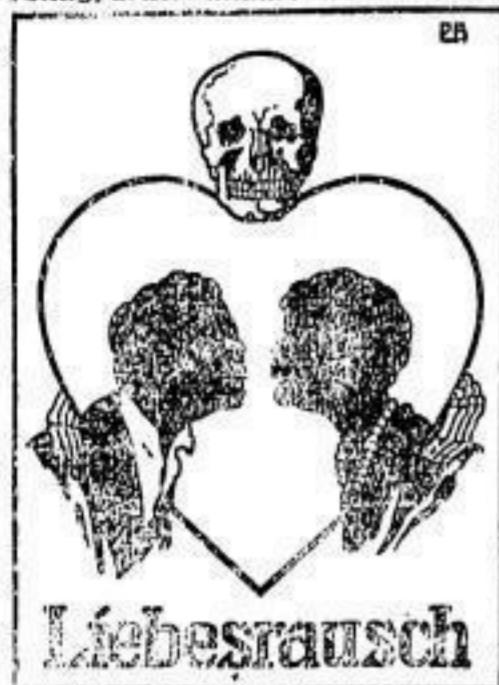
„Davis der Teufel“

Sensations-Detektiv-Film in 4 spannenden Akten

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

ASTORIA

Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195-98
Freitag, d. 21. Januar: Erstaufführung



6 Akte.
Dieses alpine Großfilmwerk zeigt inmitten herrlichster Naturszenen eine wuchtige, packende Handlung, eine Lebenstragödie, wie sie nur bei unserem kernigen bayerischen Bergvolk erlebt ist.
Heute letzter Tag: **Ve banco**

COLOSSEUM

Roßplatz 12-13 Fernruf 18108-06

Ab morgen Freitag:
Erstaufführung

Lya Mara

Im Schauspiel in 5 Akten

Das Haus

der

Unschuld

Der fliegende Zirkus

Großartiges Sensationsbild in 3 Akten.

Heute letzter Tag: **Harry Piel**

UNIVERSUM

Roßplatz 6 (Ostb. Bau) Fernruf 18108 98
Freitag, d. 21. Januar: Erstaufführung



Whitechapel II

In letzter Minute vor d. Schaffott gerettet.

5 Akte von **Paul Rosenhayn**
Hauptrolle: **Hanni Wolse, H. Vallentin**.
Meisterhaft sind hier Momente der Spannung zur reinsten Wirkung gebracht und eine Welt geformt, die im kleinen das Abbild der großen pulsierenden Schicksalskammer ist.
Heute letzter Tag: **Geschwister Baroll**

Revolutionäre

Theaterstücke usw. Auswahl zu Diensten.

Karnevals-

u. Fests- u. Vereins-Artikel. Kataloge zu Diensten.

Tombolas

Liefert am reichhaltigsten

Alfred Zahn Leipzig

(Heinrich Vilmeyer)
Telephon 19245. Ständige Mutterausstellungen.

Haarhaare u. Friseurkämme

rep. schnell Laque, Univ. St. 4

Leipziger Bücher-Ramisch-Salle

Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.

Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendschriften.

Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. 1. Verkauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

20% Extra-Rabatt!

Gegr. 1830

F. Huch Gegr. 1830

Leipzig, Peterssteinweg 7

Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe in

Gold- und Silberwaren

Ohringen, Uhren usw.

Die Reichseinkommensteuer

von **Rudolph Wed.** — Preis 1,50 M.

Leipziger Buchdruckerei U. O., Zauscher Str. 19/21

ALBERTGARTEN

Größtes und schönstes Ball- und Gesellschaftshaus.
(Mit Straßenbahn 20 und 21 ab Augustplatz in 10 Minuten zu erreichen.)

Jeden Freitag, ab 7 Uhr, Sonntag ab 4 Uhr

VORNEHMES BALL-FEST.

Erstklassiges Ballorchester. Dir. Radecke. Die neuesten Schlager.

Der große Festsaal in seiner neuen feenhaften Aufmachung.

„Kasino-Lichtspiele“

Kammarkt Ab morgen Freitag! Fernruf 19950

Das Zeichen des Malayen

Sensations-Detektiv-Drama in 5 Akten.

Der Vogel im Käfig

(... und vergib uns unsere Schuld) 4 Akte

Die Tragödie eines Unschuldigen

Heute letzter Tag: Aus dem Ullstein-Roman:

„Kuriose Geschichte“ „Die 7 Todsünden“

Licht-U.T. Spiele

Morgen

Freitag

Uraufführung für Leipzig!

Der vielgelesene Kriminal-Roman von Louise Westkirch:

Der Staatsanwalt

höchst spannende Akte.

In den Hauptrollen:

All Blücher als Staatsanwalt,
Werner Kraus, Emille Kurz, Hans Junkermann, Karl Günther usw.

Heute letzter Tag:

Gräfin Walewska

mit **Hella Moja.**

Im Herzen

der Stadt

KAUF BRÜHL HAUS

Besonders billiges

Lebensmittel-

Angebot

Schweineschmalz schneeweiß Pfund 15,50
Kunsthonig 1-Pfund-Paket 4,70
Rübensaft Pfund 2,80

Wan-Eta-Kakao Engl. Pfund 17,50

Vollreis Rangoon Pfund 3,95
Bruchreis großkörniger, kalifornischer Pfund 3,50
Erbsen Viktoria Pfund 2,50
Erbsen grüne Pfund 2,10
Erbsen gelbe Pfund 2,00
Bohnen weiße Rangoon Pfund 1,90
Maisgrieß gelb Pfund 2,90
Hirse Pfund 4,20
Sago Pfund 4,50
Kaffee frisch gebrannt Pfund 30,00 26,00 21,00
Kaffee-Ersatz Pfund 1,90
Speise-Salz 10 Pfund 2,25 Pfund 25

Margarine Pfund 11,50